





# VORWORT DES VORSTANDES

---

## Sehr geehrte Geschäftsfreunde, sehr geehrte Damen und Herren,

2011 - wieder liegt ein Jahr hinter uns, das wesentlich von den Folgen der andauernden Finanzkrise und der Staatsschuldenproblematik einiger Euro-Länder geprägt war. Und erneut hat sich unser vor allem an der Region und ihren Menschen orientiertes Geschäftsmodell bewährt. Dafür stand und steht auch weiterhin die Aussage „**Sparkasse. Gut für Solingen.**“

Die Stadt-Sparkasse Solingen verfolgt bei ihrer Geschäftstätigkeit, ob Kreditversorgung, Zahlungsverkehr mit dem In- und Ausland oder Unterstützung bei der Schaffung von Wohneigentum, das Ziel einer langjährigen Partnerschaft mit ihren Kunden und nicht die kurzfristige Gewinnoptimierung.

Ein nennenswerter Teil des mit unserem nachhaltigen Geschäftsmodell erzielten Gewinns kommt Solingen ganz unmittelbar zu Gute, indem wir zahlreiche gemeinnützige Organisationen unterstützen und so dauerhaft das kulturelle, sportliche und soziale Leben in Solingen bereichern.

Darüber hinaus möchten wir mit einer Vielzahl unterschiedlicher Veranstaltungen zur Vielfalt und Lebensqualität unserer Stadt beitragen. Die Beliebtheit dieser Angebote lässt sich seit Jahren am großen Besucherinteresse ablesen.

Erfolg ist nicht selbstverständlich! Ermöglicht wurde das gute Ergebnis des Jahres 2011 vor allem durch das Vertrauen unserer Kunden und dem engagierten Einsatz unserer Mitarbeiter. Dafür sagen wir ganz herzlichen Dank.

Lothar Heinemann  
(Vorstandsvorsitzender)

Manfred Kartenberg  
(Vorstandsmitglied)

Harald Samorey  
(Vorstandsmitglied)

Detlef Wagner  
(Stellv. Vorstandsmitglied)

# INHALTSÜBERSICHT

---

	Seite
Vorwort des Vorstandes	1
<b>Lagebericht 2011</b>	3
A. Darstellung und Analyse des Geschäftsverlaufs einschließlich des Geschäftsergebnisses und der Lage	3
B. Nachtragsbericht	10
C. Risikoberichterstattung	10
D. Prognosebericht	13
<b>Bericht des Verwaltungsrates</b>	16
<b>Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011</b>	17
Jahresbilanz	18
Gewinn- und Verlustrechnung	20
<b>Anhang zum Jahresabschluss 2011</b>	21
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	21
Angaben zu den einzelnen Bilanzpositionen	24
Mitarbeiter/-innen	34
Verwaltungsrat	35
Vorstand	35
<b>Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers</b>	37
<b>Ergänzende Angaben außerhalb des Jahresabschlusses</b>	38
<b>Impressum</b>	39

## A. Darstellung und Analyse des Geschäftsverlaufs einschließlich des Geschäftsergebnisses und der Lage

### 1. Geschäft und Rahmenbedingungen

#### 1.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Nachdem bereits das Jahr 2010 für Deutschlands Wirtschaft deutlich positiver verlief als erwartet, setzte sich diese Entwicklung im abgelaufenen Jahr 2011 weiter fort. Trotz der insbesondere Europa betreffenden Schuldenproblematik und der weltweiten Wachstumsabschwächung wies die konjunkturelle Entwicklung Deutschlands im Jahresverlauf erneut aufwärts. Ab der Jahresmitte war zwar eine Abschwächung festzustellen, die aktuellen Geschäftserwartungen gemäß ifo-Index lassen aber keinen Einbruch befürchten.

Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, dass Einnahmeausfälle z. B. in der Eurozone teilweise durch Exportzuwächse in anderen Volkswirtschaften ausgeglichen werden konnten, zumal die Hauptexportprodukte der deutschen Industrie nach wie vor gefragt sind. Außerdem wurde die Inlandsnachfrage u. a. durch die gute Situation auf dem Arbeitsmarkt und die niedrigen Zinssätze gestützt.

Aufgrund der bisher vorliegenden Zahlen ist die deutsche Wirtschaft mit einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 3% erneut fast im gleichen Ausmaß wie 2010 gewachsen (+3,7%). Die gesamtwirtschaftliche Produktion hat im vergangenen Jahr den Stand vor der Krise nun auch inflationsbereinigt wieder übertroffen.

Der Großteil des Wachstums hat in der ersten Jahreshälfte 2011 stattgefunden. Im Schlussquartal war das BIP dagegen leicht rückläufig (-0,2% im Vergleich zum Vorquartal). Die entsprechenden Vorjahresstände wurden jedoch in allen Quartalen 2011 übertroffen. Wesentliche Wachstumsimpulse kamen im vergangenen Jahr aus dem Inland. Den größten Anteil daran hatten die Investitionen; aber auch die privaten Konsumausgaben, die sich viele Jahre eher schwach entwickelt hatten, legten deutlich zu. Der Wachstumsbeitrag des Außenhandels erwies sich einmal mehr als zuverlässige Konstante.

Die Bruttoanlageinvestitionen trugen im vergangenen Jahr 1,1%-Punkte zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum bei. Die Zunahme lag dabei mit 6,5% noch deutlich über den Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute. Die Ausrüstungsinvestitionen wurden erneut kräftig gesteigert (+8,3%), wenn auch in etwas geringerem Ausmaß als im Vorjahr 2010 (+10,5%). Die Bauinvestitionen wurden in 2011 um 5,4% ausgeweitet; sie stiegen damit noch dynamischer als im Vorjahr (+2,2%). Das Wachstum in diesem Bereich ist einerseits auf das äußerst niedrige Zinsniveau und andererseits auf die mit der Staatsschuldenkrise verbundenen Inflationsängste als Grund für die vermehrten Investitionen in Sachwerte zurückzuführen. Darüber hinaus hat es auf dem Immobilienmarkt in Deutschland - im Gegensatz zu vielen Ländern - in den Jahren zuvor keine Immobilienpreisblase gegeben.

Die privaten Konsumausgaben wurden im vergangenen Jahr um 1,5% (real) ausgeweitet und steuerten damit 0,9%-Punkte zum BIP-Plus bei. Dies dürfte vor allem auf die verbesserte Arbeitsmarkt- und Einkommenssituation zurückzuführen sein. So erhöhte sich das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte um nominal 3,3%. Konsumfördernd wirkte außerdem der Rückgang der Sparquote von 11,3% (2010) auf 10,9% (2011).

Die Konsumausgaben des Staates stiegen in 2011 um 1,2% (2010: +1,7 %) und leisteten damit einen geringen Wachstumsbeitrag von 0,2%-Punkten. Die Staatsausgaben insgesamt wurden nach den bisherigen Angaben um ca. 14 Mrd. Euro reduziert (-1,3%). Gleichzeitig stiegen die staatlichen Einnahmen aufgrund der positiven gesamtwirtschaftlichen Situation und der guten Lage auf dem Arbeitsmarkt um rund 62 Mrd. Euro (+5,8 %). Die Lage der öffentlichen Finanzen hat sich damit deutlich verbessert, der Finanzierungssaldo ist von (4,3% auf ca. 1% gesunken und lag damit wieder unter dem Referenzwert des Maastrichtvertrags (3%).

Der Beitrag des Außenhandels zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum fiel mit +0,8%-Punkten geringer aus als im Vorjahr. Gleichwohl konnten aufgrund der

---

Exportstärke der deutschen Industrie die Ausfuhren im Gesamtjahr um 8,2% gesteigert werden. Sie entwickelten sich damit dynamischer als die Einfuhren (+7,2%).

Die fortschreitende Zuspitzung der Schuldenkrise hat in 2011 zu erheblichen Turbulenzen an den Wertpapiermärkten geführt und die Wirkung aller übrigen Einflussfaktoren auf die Marktentwicklung stark überlagert. An den Rentenmärkten fragten die Anleger verstärkt Sicherheit nach. Insbesondere Bundesanleihen erwiesen sich als bevorzugte Anlageobjekte. Die internationalen Aktienmärkte entwickelten sich im Berichtsjahr zunächst ebenfalls schwach. Im September erreichte der DAX seinen Jahrestiefststand. Im verbleibenden Jahresverlauf konnten sich die Aktienkurse auch angesichts unerwartet guter Wirtschaftsdaten und positiver Unternehmensmeldungen wieder erholen.

Die Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt verlief in 2011 erneut sehr positiv. Die Erwerbstätigkeit erreichte mit mehr als 41 Millionen Erwerbstätigen im vergangenen Jahr einen neuen Höchstwert seit der Wiedervereinigung. Gleichzeitig sank die Zahl der Arbeitslosen unter 3 Millionen, was einer Arbeitslosenquote von 7,1% entsprach. Dies ist der niedrigste Wert seit 1991.

Der Anstieg der Verbraucherpreise betrug im vergangenen Jahr durchschnittlich 2,3% und lag damit mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahr (+1,1%). Zurückzuführen war der Anstieg in erster Linie auf die Entwicklung der Energiepreise, die um ca. 10% in die Höhe kletterten. Die Verbraucherpreise ohne Energie stiegen dagegen nur um 1,3%.

Die wirtschaftliche Entwicklung in der Region verlief 2011 im Wesentlichen ähnlich wie bundesweit. Ausnahmslos alle Industriezweige im IHK-Bezirk wiesen eine positive Entwicklung auf. Diese war mit +30% in der Kunststoffindustrie und +22% in der Metallerzeugung besonders ausgeprägt.

Die Entlastung auf dem regionalen Arbeitsmarkt setzte sich ebenfalls fort. Die Arbeitslosenquote für Solingen erreichte mit 7,6% erstmals wieder den Landesdurchschnitt (Stand Nov. 2011), blieb damit aber noch über dem Bundesdurchschnitt.

## 1.2 Berichterstattung über die Branchensituation

In den meisten Staatshaushalten hinterließ die auch im Jahr 2011 andauernde Wirtschafts- und Finanzkrise weiterhin Spuren. Von den großen Volkswirtschaften im Euroraum gelang es alleine Deutschland aufgrund der robusten wirtschaftlichen Lage das Staatsdefizit deutlich zurückzuführen. Angesichts der nach wie vor ungelösten Staatsschuldenproblematik und der weiterhin erforderlichen Stützungsmaßnahmen für die finanzschwachen Euroländer hielt die EZB weiterhin an ihrer Politik der überreichlichen Liquiditätsversorgung des Finanzsektors fest. Dies erfolgte insbesondere durch unverändert niedrige Leitzinssätze und durch Liquiditätsbereitstellung über unbegrenzte Tendergeschäfte sowie die Fortführung des Ankaufs von Anleihen finanzschwacher Euroländer. Trotz inflationärer Tendenzen im Energiepreisbereich ist ein nennenswerter Zinsanstieg im laufenden Jahr 2012 aufgrund des Verhaltens aller großen Notenbanken eher unwahrscheinlich.

Die rheinischen Sparkassen verzeichneten im Jahr 2011 eine insgesamt zufriedenstellende Geschäftsentwicklung. Das Kreditgeschäft mit Kunden konnte weiter ausgebaut werden. Gleichzeitig kam es zu Mittelzuflüssen bei den Kundeneinlagen, wobei liquiditätsnahe Einlagenformen bevorzugt wurden.

Angesichts der Diskussion um die Stabilität des Euro und die sich ausweitende Verschuldungskrise in Europa nehmen viele Kunden hier auch weiterhin eine abwartende Haltung ein. Im Wertpapiergeschäft mit Kunden nahmen die Umsätze wie auch der Nettoabsatz von Wertpapieren zu.

Mit dem 31.12.2011 ist die Frist für die vollumfängliche Umsetzung der aktuell dritten Novelle der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) in der Fassung vom 15.12.2010 abgelaufen. Darin wurden die regulatorischen Rahmenbedingungen angepasst und um ergänzende Anforderungen erweitert. Weitere Anpassungen sind im Jahr 2012 im Rahmen einer vierten Novelle zu erwarten.

---

Als Folge der Finanzmarktkrise hat sich der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht Ende 2010 auf eine deutliche Verschärfung der global geltenden Eigenkapital- und Liquiditätsstandards (Basel III) geeinigt. Im Juli 2011 wurde der Entwurf für die Umsetzung der Basel III-Regelungen auf europäischer Ebene veröffentlicht. Die ab 2013 direkt anwendbare EU-Verordnung sieht u. a. eine strengere Eigenkapitaldefinition, deutlich höhere Mindestkapitalquoten sowie die Einführung von Kapitalpuffern vor. Auch wenn zur Zeit noch nicht alle Detailfragen auf europäischer Ebene geklärt sind, geht die Stadt-Sparkasse Solingen aufgrund ihrer strategischen Ausrichtung davon aus, die geforderten Eigenkapitalquoten erfüllen zu können.

Mit der im Juli 2011 veröffentlichten Verordnung über die Erhebung der Beiträge zum Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute (RStruktFV) wurde die so genannte Bankenabgabe eingeführt. Hier werden alle Kreditinstitute ab 2011 verpflichtet, eine Abgabe in einen Sonderfonds zu leisten, damit im Falle von wirtschaftlichen Schwierigkeiten eines Instituts die Steuerzahler nicht unnötig belastet werden. Die Höhe der Abgabe richtet sich nach Bilanzstruktur, Größe und Vernetzung der Kreditinstitute, so dass größere, systemrelevante Banken stärker belastet werden als kleinere.

### 1.3 Rechtliche Rahmenbedingungen der Stadt-Sparkasse Solingen

#### Rechtsnatur

Die Stadt-Sparkasse Solingen ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts.

#### Träger

Träger der Stadt-Sparkasse Solingen ist die Stadt Solingen; sie war früher verpflichtet, für die Stadt-Sparkasse Solingen und die bei ihr eingelegten Kundengelder finanziell einzustehen. Diese Verpflichtung gegenüber der Sparkasse wird als „Anstaltslast“ bezeichnet, die unmittelbare Verpflichtung gegenüber den Kunden als „Gewährträgerhaftung“. Im Juli 2005 hat sich die Rechtslage diesbezüglich geändert.

Die Anstaltslast wurde am 19.07.2005 durch eine normale Eigentümerbeziehung nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen, ähnlich denen eines privaten Anteilseigners und einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, ersetzt.

Die Gewährträgerhaftung läuft nach einem gestaffelten Zeitplan aus bzw. wurde abgeschafft. Die Übergangsregelung sieht vor, dass die bis zum 18.07.2001 begründeten Verbindlichkeiten des Instituts bis zum Ende ihrer Laufzeit, also ohne zeitliche Beschränkung, von der Haftung des Gewährträgers gedeckt werden. Die in der Übergangsphase vom 19.07.2001 bis zum 18.07.2005 begründeten Verbindlichkeiten werden bis zum 31.12.2015 von der Gewährträgerhaftung umfasst, sofern die Laufzeit dieser Verbindlichkeiten nicht über den 31.12.2015 hinausreicht. Die nach dem 18.07.2005 begründeten Verbindlichkeiten des Instituts unterliegen nicht mehr der Gewährträgerhaftung.

Diese Änderungen haben für die Stadt-Sparkasse Solingen lediglich formale Auswirkungen, die Sicherheit der Kundengelder wird aufgrund der Sicherungseinrichtungen praktisch nicht berührt.

#### Sicherungseinrichtungen

Die Sicherung der Institute erfolgt durch den Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe, der gegenüber jedem Sparkassenkunden einer unbegrenzten Haftungsverpflichtung unterliegt. Alle Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen sind dem leistungsfähigen Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen. Es besteht aus drei Elementen, die in einer Haftungsgemeinschaft miteinander verbunden sind:

- den Sparkassenstützungsfonds der regionalen Sparkassen- und Giroverbände,
- der Sicherungsreserve der Landesbanken/Girozentralen und
- dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen.

Alle Sicherungsfonds sind in einem bundesweiten Haftungsverbund zusammengeschlossen. In einem Krisenfall steht dadurch das Gesamtvolumen aller Fonds für institutssichernde Maßnahmen zur Verfügung.

Die Deutsche Bundesbank betont, dass die Institutssicherung der Sparkassen und anderer Verbundgruppen ein wesentliches Element der Stabilität des deutschen Bankenmarkts ist.

## Grundlagen der Geschäftstätigkeit

Die Stadt-Sparkasse Solingen betreibt alle banküblichen Geschäfte (insbesondere Kreditgeschäft, Kontoführung, Einlagengeschäft, Wertpapier- und Depotgeschäft, Zahlungsverkehr u. Ä.) auf der Grundlage ihrer Satzung und der Sparkassengesetzgebung für NRW.

## Unternehmenszweck, öffentlicher Auftrag

Die Stadt-Sparkasse Solingen ist ein Wirtschaftsunternehmen unter der Trägerschaft der Stadt Solingen mit der Aufgabe, der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere des Geschäftsgebiets und ihres Trägers zu dienen.

Entsprechend ihres öffentlichen Auftrags stärkt sie den Wettbewerb im Kreditgewerbe. Sie fördert die finanzielle Eigenvorsorge und Selbstverantwortung vornehmlich bei der Jugend, aber auch in allen sonstigen Altersgruppen und Strukturen der Bevölkerung. Die Stadt-Sparkasse Solingen trägt zur Finanzierung der Schuldnerberatung in Verbraucher- oder Schuldnerberatungsstellen bei. Die Kreditversorgung dient - entsprechend dem gesetzlichen Auftrag - vornehmlich der Kreditausstattung des Mittelstands sowie der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise.

Die Geschäfte der Stadt-Sparkasse Solingen sind unter Beachtung ihres öffentlichen Auftrags nach kaufmännischen Grundsätzen zu führen. Die Erzielung von Gewinn ist nicht der Hauptzweck des Geschäftsbetriebs.

## Regionalprinzip

Die regionale Verankerung und die geschäftspolitische Grundorientierung der Sparkassen, insbesondere der Stadt-Sparkasse Solingen, bleiben unverändert. Die Institute werden sich weiterhin am Gemeinwohl orientieren und ihre flächendeckende Präsenz erhalten. Mit ihrer ganzen Kraft können und werden sie sich wie bisher für den privaten Kunden und den gewerblichen Mittelstand vor Ort sowie die Regionen einsetzen. Auch künftig stellen sie in ihrem Geschäftsgebiet die kreditwirtschaftliche Versorgung für alle Gruppen der Bevölkerung sicher.

## 1.4 Darstellung der Geschäftsentwicklung

Die Geschäftsentwicklung der Stadt-Sparkasse Solingen verlief im Jahr 2011 zufriedenstellend. Das Kundenkreditgeschäft erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 47 Mio. Euro (3,4 %). Zu dem Wachstum trugen neben einer verstärkten Kreditinanspruchnahme der öffentlichen Haushalte auch erhöhte kreditfinanzierte Investitionen in Immobilien sowie - im gewerblichen Bereich - in Fahrzeuge und Maschinen bei. Die Kundeneinlagen liegen in etwa auf Vorjahresniveau. Im Kundenwertpapiergeschäft wurden trotz schwierigem Börsenumfeld ca. 8 Mio. Euro mehr Wertpapierkäufe als Wertpapierverkäufe getätigt.

## Bilanzwirksames Geschäft

	2011 Mio. EUR	2010 Mio. EUR	Veränderung in Mio. EUR	Veränderung in %
Bilanzsumme	2.098	2.062	36	1,7
Kreditgeschäft (insgesamt)	1.429	1.382	47	3,4
Eigenanlagen				
- Schuldverschreibungen u. andere festverzinsliche Wertpapiere	345	312	33	10,6
- Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere <sup>1)</sup>	171	183	-12	-6,6
Einlagen von Kunden	1.583	1.544	39	2,5
- Spareinlagen	652	663	-11	-1,7
- Andere Verbindlichkeiten	931	881	50	5,7
Inhaberschuldverschreibungen	43	56	-13	-23,2
Sicherheitsrücklagen (einschl. Bilanzgewinn)	136	133	3	2,3
Fonds f. allg. Bankrisiken (nach § 340g HGB) <sup>2)</sup>	17	9	8	

1) einschl. Handelsbestand

2) davon Ansparung für WestLB AG: insgesamt 3,7 Mio. Euro (Vorjahr 2,5 Mio. Euro)

---

Im Bestandsbereich (Bilanzsumme, Kreditvolumen, Kundeneinlagen) entsprachen die Erhöhungen ungefähr den im Vorjahr prognostizierten Werten. Die Erhöhung der Bilanzsumme resultiert im Wesentlichen aus der Aufnahme eines Offenermarktgeschäfts. Zur Ausnutzung von Zinsdifferenzen wurde das aufgenommene Geld fristenkongruent wieder in Termingelder angelegt.

Im Zinsbereich waren unsere Schätzungen zu vorsichtig. Hierdurch und durch Kosteneinsparungen übertraf das Betriebsergebnis unsere Prognose. Während die Bewertung unserer Eigenanlagen höhere Belastungen ergab als prognostiziert, entwickelte sich das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft deutlich besser als erwartet.

## **2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage**

### **2.1 Ertragslage**

Die Ertragslage in 2011 ist insgesamt zufriedenstellend.

Die gegenüber 2010 deutliche Erhöhung des Zinsergebnisses liegt vor allem in der kontinuierlichen Steuerung der zinstragenden Positionen im Zusammenhang mit dem aktuellen Zinsniveau begründet. Die Steigerung der sonstigen betrieblichen Erträge ergibt sich aus einem Sonderfall. Aus der Absicherung von Fremdwährungsverbindlichkeiten in Schweizer Franken ergab sich eine einmalige positive Bewertung. Im Vorjahr hatten u. a. diese Fremdwährungsverbindlichkeiten zu stark erhöhten sonstigen betrieblichen Aufwendungen geführt.

Die starke Belastung des Bewertungsergebnisses ergibt sich aus einem erhöhten Bewertungsaufwand für Eigengeschäfte in Wertpapieren und Beteiligungen.

Wie im Vorjahr haben wir zur Bewertung der Wertpapiere und Finanzinstrumente des Handelsbestands untersucht, ob zum Bilanzstichtag ein aktiver Markt besteht oder der Markt als inaktiv anzusehen ist. Dabei haben wir die Marktverhältnisse in enger zeitlicher Umgebung zum Bilanzstichtag einbezogen. Einen aktiven Markt haben wir unterstellt, wenn Marktpreise von einer Börse, einem Händler oder einer Preis-Service-Agentur leicht und regelmäßig erhältlich sind und auf aktuellen und regelmäßig auftretenden Markttransaktionen beruhen. Aktive Märkte haben wir im Wesentlichen für börsennotierte Aktien und für Investmentfondsanteile festgestellt. Für an einem aktiven Markt gehandelte Wertpapiere wurde der Markt- bzw. Börsenpreis zum Abschlussstichtag als beizulegender Zeitwert verwendet. Für Investmentfondsanteile haben wir als beizulegenden (Zeit-) Wert den investimentrechtlichen Rücknahmepreis bzw. den Nettoinventarwert angesetzt. Für Teile unseres zinsbezogenen Wertpapierbestands waren die Märkte zum Bilanzstichtag als nicht aktiv anzusehen. In diesen Fällen haben wir zunächst Informationen über jüngste Transaktionen in diesen Wertpapieren untersucht. Sofern entsprechende Informationen vorlagen, haben wir die daraus ableitbaren Kurse verwendet. Lagen keine entsprechenden Informationen vor, haben wir die von Marktteilnehmern veröffentlichten indikativen Kurse verwendet. Diese indikativen Kurse haben wir anhand weiterer Marktinformationen einer Plausibilitätskontrolle unterzogen. Bei diesen Marktinformationen handelt es sich u. a. um konkrete Kaufangebote oder herangezogene Vergleichsrenditen.

Für eine Anleihe erfolgte eine modellbasierte Bewertung mit Hilfe des Discounted Cashflow Verfahrens (DCF-Modell). Der aus dem Wertpapier nach den vertraglichen Vereinbarungen erwartete Cashflow wurde dabei mit einem geeigneten Zins abgezinst. Der Diskontierungszins setzt sich aus einem Basiszins und einem Risikozuschlag (Spread) zusammen. Für die Bestimmung der Parameter haben wir vorrangig am Markt beobachtbare Werte verwendet. Als Basiszins diente die aus dem Interbankenhandel abgeleitete "Swap-Kurve"; der Spread wurde mit Hilfe von Marktinformationen der Agentur Reuters, die mit Veröffentlichungen weiterer Marktteilnehmer plausibilisiert wurden, ermittelt.

Die unternehmensindividuelle Festsetzung wesentlicher Bewertungsparameter ist mit Ermessensentscheidungen verbunden, die - trotz sachgerechter Ermessensausübung - im Vergleich mit aktiven Märkten zu deutlich höheren Schätzunsicherheiten führen.

Für das Geschäftsjahr 2011 wurde eine zusätzliche Risikovorsorge in Höhe von 8,5 Mio. Euro durch die Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB getroffen (davon Ansparung für WestLB AG 1,2 Mio. Euro, keine Zuführung gem. § 340 e Abs. 4 HGB aufgrund des im Jahr 2011 ausgewiesenen Nettoaufwands des Handelsbestands). Die Steuerlast 2011 erhöhte sich - unter anderem aufgrund von bereits berücksichtigten Ergebnissen einer Ende 2011 begonnenen Betriebsprüfung - im Vergleich zu 2010 deutlich. Der Jahresüberschuss konnte dennoch gegenüber dem Vorjahr leicht gesteigert werden.

	GuV-Pos.	2011 Tsd. EUR	2010 Tsd. EUR	Veränder. in Tsd. EUR	Veränder. in %
Zinsergebnis	Saldo 1-4	59.616	52.782	6.834	12,9
Provisionsergebnis	Saldo 5-6	14.290	13.964	326	2,3
Nettoergebnis aus Handelsgeschäften <sup>1)</sup>	7	-1.264	143	-1.407	
Sonstige betriebliche Erträge	8	5.627	3.793	1.834	48,4
Gesamterträge		78.269	70.682	7.587	10,7
Verwaltungsaufwand	10	43.891	44.832	-941	-2,1
AfA auf immat. Anl.- werte u. Sachanlagen	11	1.896	2.317	-421	-18,2
Sonstige betriebliche Aufwendungen <sup>2)</sup>	12	3.563	7.808	-4.245	-54,4
Ergebnis vor Bewertung		28.919	15.725	13.194	83,9
Bewertungsergebnis (saldiert, Ertrag)	Saldo 13-16	0	0	0	
Bewertungsergebnis (saldiert, Aufwand)	Saldo 13-16	7.075	826	6.249	
Zuführung zum Fonds für allg. Bankrisiken	18	8.500	4.400	4.100	
Aufwendungen aus der Umstellung auf BilMoG	20, 21	0	2.301	-2.301	
Steuern	23, 24	9.383	4.625	4.758	102,9
Jahresüberschuss		3.961	3.573	388	10,9

1) Das Nettoergebnis 2010 versteht sich nach Kürzung der Zuführung zum Fonds für allgem. Bankrisiken gem. § 340 e Abs. 4 HGB um 144 Tsd. Euro.

2) in 2010 davon Bewertungsaufwand für CHF-Verpflichtungen: 5.649 Tsd. Euro

Kennziffer:

	2011	2010
Aufwands-/Ertragsrelation*	61,3	75,0

\*Verwaltungsaufwand und AfA auf immat. Anlagewerte u. Sachanlagen in % zu (Zinsergebnis + Provisionsergebnis + Nettoergebnis aus Handelsgeschäften + sonst. betriebliche Erträge - sonstige betriebliche Aufwendungen)

## 2.2 Finanzlage

Die Zahlungsbereitschaft der Stadt-Sparkasse Solingen war im Jahr 2011 jederzeit gegeben. Liquiditätskredite bei Kreditinstituten wurden zurückhaltend in Anspruch genommen. Gemäß der Liquiditätsverordnung (LiQV) wird die Liquidität als ausreichend bewertet, wenn die in einem Monat zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel die während dieses Zeitraums zu erwartenden Zahlungsabflüsse decken. Die so errechnete Liquiditätskennzahl muss mindestens 1,0 betragen. Diese Relation betrug zum Ende des Vorjahrs 2,70. Die Mindestkennzahl wurde weder im Laufe des Jahres 2011 noch zum Bilanzstichtag (2,23) unterschritten.

## 2.3 Vermögenslage

Die Bewertung der Aktiva und Passiva entspricht den gesetzlichen Bestimmungen. Alle Vermögensgegenstände wurden vorsichtig bewertet. Bei der Bemessung der Wertberichtigungen und Rückstellungen ist allen erkennbaren Risiken in ausreichendem Maße Rechnung getragen worden. Der gesamte Wertpapierbestand wurde wie folgt bewertet:

Art der Anlage	Buchwerte Mio. Euro	Aktiver Markt	Grundlage für die Bewertung
<b>Aktiva 5</b>			
<b>Umlaufvermögen</b>			
Wertpapiere inländ. öffentlicher Emittenten	24,9	Ja	Marktpreis
Festverzinsliche gedeckte Wertpapiere	29,6	nein	Indikativer Preis
Festverzinsliche sonstige Wertpapiere	161,6	nein	Indikativer Preis
Variabel verzinsliche Wertpapiere	119,0	nein	Indikativer Preis
Wertpapier aus Bewertungseinheit	3,7	nein	Bewertungsmodell
Zurückgekaufte eigene IHS	1,1	ja	Marktpreis
<b>Aktiva 6</b>			
<b>Umlaufvermögen</b>			
Spezialfondsanteile	57,1	ja	Rücknahmewert gem. InvG
Publikumsfondsanteile	35,7	ja	Rücknahmewert gem. InvG
Publikumsfondsanteile	5,0	ja	Nettoinventarwert
Genussscheine	1,7	ja	Börsen-/Marktpreis
<b>Anlagevermögen</b>			
Aktien	0,6	ja	Börsen-/Marktpreis
Spezialfondsanteile	67,4	ja	Rücknahmewert gem. InvG

Wir haben keine Umwidmungen von Wertpapieren des Umlaufvermögens in das Anlagevermögen getätigt. Somit wurden unsere Wertpapiere, wie in den Vorjahren, nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Wertpapiere von Emittenten wirtschaftsschwacher Euro-Staaten halten wir in Höhe von rd. 26 Mio. Euro ausschließlich über Spezialfonds. Davon entfallen jeweils rd. 1 Mio. Euro auf Irland und Griechenland, rd. 8 Mio. Euro auf Italien (darunter eine Staatsanleihe in Höhe von 1 Mio. Euro) und rd. 16 Mio. Euro auf Spanien.

Die Sicherheitsrücklage beträgt 131,8 Mio. Euro. Vom Jahresüberschuss in Höhe von 4,0 Mio. Euro werden voraussichtlich 3,0 Mio. Euro der Sicherheitsrücklage nach den entsprechenden Beschlüssen zugeführt.

Neben der Sicherheitsrücklage verfügt die Stadt-Sparkasse Solingen über weitere ergänzende Eigenkapitalbestandteile. Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel - bezogen auf die mit 12,5 multiplizierte Summe aus dem Gesamtanrechnungsbetrag für Adressenrisiken, dem Anrechnungsbetrag für das operationelle Risiko und der Summe der Anrechnungsbeträge für Marktrisikopositionen - überschreitet per 31.12.2011 bei einer aufsichtsrechtlichen Gesamtkennziffer von 15,6 % (Vorjahr 14,6 %) deutlich den in der Solvabilitätsverordnung (SolV) für die vierteljährliche Ermittlung vorgeschriebenen Mindestwert von 8,4 %.

Zum Zeitpunkt der Berichtserstellung stellt sich die Lage der Stadt-Sparkasse Solingen unverändert positiv dar.

## 3. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

### Beratungskompetenz

Die Stadt-Sparkasse Solingen hat sich im Focus Money-CityContest 2011 den Spitzenplatz in Solingen gesichert und dabei als einziges der getesteten Institute die Note „gut“ erreicht. Für den CityContest machten sich anonyme Testkunden des Instituts für Vermögensaufbau in München in Zusammenarbeit mit Focus Money auf die scheinbare Suche nach einer neuen Hausbank. In Solingen wurden neben der Stadt-Sparkasse auch die Commerzbank, die Deutsche Bank, die Volksbank

---

**Förderung  
gemeinnütziger/  
karitativer Einrichtungen  
und Projekte**

Remscheid-Solingen sowie die Postbank getestet. Insgesamt flossen 101 Kriterien in die Bewertung ein. Die Schwerpunkte der Recherche lagen bei den Kriterien Erst- und Folgekontakt, Kundenpflege, Gesprächsatmosphäre, Fachwissen, Produktangebot und Konditionen.

Die Zielsetzung der deutschen Sparkassen-Finanzgruppe unterscheidet sich deutlich von den Groß- und Privatbanken, die in erster Linie die Gewinnmaximierung im Fokus haben. Als Institute der Bürgerinnen und Bürger gestalten die Sparkassen das wirtschaftliche Leben aktiv mit und leisten einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Vielfalt und sozialen Balance in Deutschland. Mit ihrem gesellschaftlichen Engagement tragen die Sparkassen dazu bei, die Lebensqualität in den Regionen zu steigern.

Verlässlich und beständig engagiert sich die Stadt-Sparkasse Solingen für Sport und Kultur, für die Wirtschaft der Region und Jahr für Jahr für soziale Projekte. Denn ohne aktive Vereine, eine reichhaltige Kultur und eine gesunde Wirtschaftsstruktur geht der Zusammenhalt verloren. „Sparkasse. Gut für Solingen.“ lautet daher das Motto.

In 2011 wurden insgesamt rd. 503 Tsd. Euro (einschl. PS-Zweckertrag) für gemeinnützige Zwecke gespendet und weitere 750 Tsd. Euro (abzgl. Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag) dem Träger für Zwecke des Gemeinwohls zur Verfügung gestellt.

## B. Nachtragsbericht

Es hat keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Jahresultimo 2011 gegeben.

## C. Risikoberichterstattung

**Risikomanagement und  
Risikocontrolling  
Risikomanagementziele**

Ziel des Risikomanagements ist es, unter Beachtung der gesetzlichen, satzungsmäßigen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen, nur überschaubare Risiken einzugehen, ohne die sich bietenden Marktchancen auszulassen. Die Ziele für die einzelnen Risikofelder leiten sich dabei aus der festgelegten Geschäfts- und Risikostrategie ab. Zu deren Erreichung setzen wir auf eine breite Diversifizierung der Anlagen und geschäftlichen Aktivitäten, die wiederum eine Steuerung und Risikomessung unterschiedlicher Kategorien erforderlich macht.

**Organisation und  
Methodik**

Die Beurteilung und Überwachung der Einzelrisiken erfolgt in einer vierteljährlichen Risikotragfähigkeitsanalyse, die dem Aufsichtsorgan regelmäßig zur Kenntnis gegeben wird. Dieser Analyse liegt ein aus der Strategie abgeleitetes Limitierungssystem zugrunde.

Die Risikosteuerung der Stadt-Sparkasse Solingen wird von der Abteilung Finanz- und Rechnungswesen unter Mitwirkung anderer Abteilungen wahrgenommen. Diese sind verantwortlich für die Erfassung der Risiken und überwachen die Einhaltung von Limiten. Dabei werden für Teilbereiche im Sparkassenverbund entwickelte Modelle eingesetzt. Die gesamte Risikosteuerung und -überwachung erfolgt in Organisationseinheiten, die nicht im Markt tätig sind, bzw. durch den Vorstand. Darüber hinaus sind Risikomessung, -bearbeitung und -steuerung Prüffelder der Internen Revision.

Für die Messung von Adressenrisiken, Beteiligungsrisiken, Liquiditätsrisiken, Marktpreisrisiken und operationellen Risiken kommen verschiedene Methoden wie Expertenschätzung, Durchschnitts- und Höchstbetragsberechnungen zum Einsatz. Die einzelnen Risikofaktoren werden hinsichtlich ihrer möglichen Auswirkungen auf die Vermögenslage sowie die Gewinn- und Verlustrechnung beurteilt.

Einige Risiken werden zusätzlich mit einem „Value-at-Risk-Ansatz“ gemessen. Damit wird ein Betrag für mögliche barwertige Vermögensverluste angegeben, der innerhalb eines bestimmten Zeithorizontes mit einer vorgegebenen Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) nicht überschritten wird. Weiterhin erfolgen „Worst-Case-Betrachtungen“, bei denen besonders starke Veränderungen unterstellt werden.

Unabhängig davon werden mit separaten Stresstest-Berechnungen auch außergewöhnliche, aber plausibel erscheinende extrem belastende Ereignisse abgebildet.

---

## Adressrisiken

Zur Absicherung werden auch derivative Finanzinstrumente eingesetzt (in einem Fall erfolgte die Bildung einer Bewertungseinheit gem. § 254 HGB - siehe Zinsänderungsrisiken). Einzelheiten zu Art und Umfang der Geschäfte sind im Anhang zum Jahresabschluss (Seite 21) aufgeführt.

Als Basis für die Steuerung von Adressrisiken nutzt die Stadt-Sparkasse Solingen seit dem Jahr 2002 das einheitliche Rating der Sparkassen-Finanzgruppe.

Firmenkunden werden grundsätzlich mit dem Standard-Rating oder dem KundenKompakt-Rating bewertet. Für Bauträger, Wohnungsbaugesellschaften und Investoren findet das Immobiliengeschäfts-Rating Anwendung. Bei Privatkunden wird das Kunden-Scoring eingesetzt. Darüber hinaus werden die Ergebnisse aus externen Ratings und die Eingruppierung öffentlicher Stellen herangezogen. Die Rating-/Scoring-Einstufung ist weitgehend auch Grundlage für die Ermittlung risikoadjustierter Kreditkonditionen, Kreditentscheidungskompetenzen, die Begrenzung von Blankokrediten einzelner Engagements, das Verfahren zur Risikofrüherkennung einschließlich WatchList, Ad-hoc-Meldungen und die Zuordnung von Intensivengagements. Veränderungen der Risikolage werden vierteljährlich in Berichtsform zusammengefasst und dem Aufsichtsorgan zur Kenntnis gegeben.

Schwerpunktmäßig kommen unsere Ausleihungen nach wie vor dem örtlichen Mittelstand zugute; dabei stellt sich der Anteil des verarbeitenden Gewerbes und der gewerblichen Wohnungsbaugenossenschaften im Vergleich überdurchschnittlich dar. Gleichwohl sind erhöhte Risiken aus der Struktur der Ausleihungen im abgelaufenen Jahr nicht erkennbar geworden. Kreditsicherheiten werden zur Reduzierung der Ausfallrisiken im notwendigen Umfang hereingenommen. Die Eigenanlagen sind ebenfalls mit Adressrisiken verbunden. Hierfür ist ein Limitsystem unter Beachtung des Kontrahenten- bzw. Emittentenrisikos - auch unter Verwendung von Ratingnoten externer Ratingagenturen - festgelegt.

Nachdem bereits im Jahr 2010 ein positives Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft erzielt wurde, führten auch die Bewertungsmaßnahmen im Jahr 2011 zu einem deutlich positiven Ergebnis. Obwohl sich der Betrag der Neubildungen von Einzelwertberichtigungen gegenüber dem Vorjahr erhöhte, konnten in Vorjahren gebildete Einzelwertberichtigungen in beträchtlichem Umfang wegen Risikofortfalls aufgelöst werden. Im mehrjährigen Vergleich zeigen die konstant niedrigen Direktabschreibungen sowie die Entwicklung von Netto- und Bruttozuführungen zu Wertberichtigungen eine insgesamt stabile Risikolage mit überschaubaren Adressenausfallrisiken.

## Marktpreisrisiken

Für die nach den MaRisk klassifizierten Handelsgeschäfte werden täglich - gemäß speziellen, vom Vorstand verabschiedeten Rahmenbedingungen - das Marktpreisrisiko und das betriebswirtschaftliche Ergebnis berechnet.

## Zinsänderungsrisiken

Für die passive Steuerung des barwertigen Zinsänderungsrisikos werden monatlich nahezu alle zinstragenden Geschäfte in einer einheitlichen Cash-Flow-Übersicht (unter Einbeziehung zinssichernder Swapgeschäfte in einem Umfang von 254,0 Mio. Euro per Jahresende) abgebildet. Zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos aus einer Anlage im Volumen von 9,5 Mio. Euro wurde eine Bewertungseinheit gem. § 254 HGB gebildet (zur Bilanzierung und Bewertung siehe Darstellung im Anhang zum Jahresabschluss, Seite 22). Für Produkte mit optionalen Bestandteilen wurden entsprechende Annahmen getroffen. Die Steuerung des Zinsänderungsrisikos nimmt der „Treasury-Ausschuss“ wahr, der sich aus dem Vorstand sowie Vertretern der Fachbereiche zusammensetzt.

Zusätzlich werden vierteljährlich anhand von Szenarioberechnungen die Auswirkungen von Zinsänderungen auf die Ertragslage (Zinsspannenrisiko) berechnet.

Die Stadt-Sparkasse Solingen weist sowohl in der barwertigen als auch in der GuV-orientierten Betrachtung bei den Zinsänderungsrisiken seit Jahren eine weitgehend konstante Entwicklung auf; abzulesen u. a. an dem barwertigen Steuerungswert (Value at Risk). Dies resultiert aus der konsequent passiven

---

	<p>Steuerung mit Ausrichtung an einer geeigneten Benchmark mit moderater Fristentransformation. Die Risikoausprägung im Bereich der Zinsänderungsrisiken ist tendenziell gering. Die im Geschäftsjahr 2011 beobachtete Erhöhung der Kennziffer für den aufsichtsrechtlichen Zinsschock ist außer den Auswirkungen der Zinsentwicklung im Wesentlichen auf die vorgegebene Veränderung der Parameter zurückzuführen.</p>
<b>Kursrisiken</b>	<p>Anhand unterschiedlicher Szenarien wird vierteljährlich der mögliche Bewertungsverlust für den Wertpapierbestand (verzinsliche Wertpapiere, Anteilspapiere, Fonds) ermittelt. Hierin enthalten ist auch das z. Z. nicht separat ermittelte Spreadrisiko.</p> <p>Die bei der Bemessung der Kursrisiken in den letzten Jahren aufgetretenen Bewertungsschwankungen sind in erster Linie auf die konsequente Anwendung des strengen Niederstwertprinzips zurückzuführen. Der Schwerpunkt der ermittelten Risiken lag dabei im Bereich der (Spezial-)Fonds. Die Risikowerte bewegten sich 2011 im Rahmen der festgelegten Limite. Die aufgrund der Volatilität der Märkte zuletzt höheren Belastungen aus Kursrisiken hielten sich im Hinblick auf die Ertragslage in vertretbarem Rahmen.</p>
<b>Währungsrisiken</b>	<p>Die Risikowerte für die nicht abgesicherten Fremdwährungspositionen werden vierteljährlich ermittelt. Zum Jahresabschluss 2011 ergab sich kein nennenswertes Risiko, da eine im Vorjahr noch bestehende offene Position in Schweizer Franken durch ein Devisentermingeschäft in 2011 abgesichert wurde.</p> <p>Aus den aufgeführten Marktpreisrisiken erwarten wir keine Belastungen, die die Risikotragfähigkeit der Stadt-Sparkasse Solingen gefährden könnten und gehen insofern von einer im Wesentlichen gleichbleibenden Risikolage aus. Diese Annahme wurde in den Vorjahren durch das jederzeitige Einhalten der Risikotragfähigkeit uneingeschränkt bestätigt.</p>
<b>Beteiligungsrisiken</b>	<p>Aufgrund des überschaubaren Umfangs der Beteiligungen wird deren Risiko vierteljährlich pauschal ermittelt. Im Hinblick auf die unverändert angespannte Situation einiger Landesbanken wird dem Beteiligungsrisiko aus Verbundbeteiligungen in der Risikotragfähigkeitsberechnung ein hohes Gewicht beigemessen - unabhängig von den verbandsseitig ergriffenen Maßnahmen zur Stabilisierung der WestLB AG.</p> <p>Wie bereits im Vorjahr ergab sich 2011 nennenswerter Bewertungsaufwand für eine bundesweite Verbundbeteiligung sowie für eine Beteiligung, deren Bewertung in Abhängigkeit von der Aktienkursentwicklung erfolgt. In beiden Fällen sind die Einflussmöglichkeiten der Sparkasse auf eine Risikoreduzierung begrenzt.</p> <p>Diese Entwicklung führte im Berichtsjahr zu einer Limitüberschreitung. Der Risikolage wird durch entsprechend hohe Abschläge auf die Beteiligungswerte bei der Tragfähigkeitsbetrachtung Rechnung getragen.</p>
<b>Liquiditätsrisiken</b>	<p>Die Stadt-Sparkasse Solingen verfügt über eine einwandfreie Bonität, die Liquiditätsbeschaffung konnte jederzeit im erforderlichen Umfang über die Sparkassen-Finanzgruppe sowie den Geld- und Kapitalmarkt problemlos vorgenommen werden. Darüber hinaus ist der überwiegende Teil des Wertpapierbestands kurzfristig beleihbar. Die Liquiditätsrisiken sind des Weiteren durch die aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen begrenzt. Zusätzlich werden auf der Grundlage dieser Rahmenbedingungen monatliche Szenarioberechnungen zur Einschätzung der Wahrscheinlichkeit eines verstärkten Mittelabflusses durchgeführt.</p> <p>Das Liquiditätsrisiko wird aus Sicht der Sparkasse überwiegend unter Kostengesichtspunkten betrachtet. Liquiditätsengpässe waren in der Vergangenheit nicht feststellbar und werden auch künftig nicht erwartet.</p>
<b>Operationelle Risiken</b>	<p>Unter operationellen Risiken sind die Risiken zusammengefasst, die ihre Ursachen in inadäquaten und fehlerhaften internen Prozessen, Personen und Systemen oder externen Ereignissen haben. Die Berechnung der notwendigen Eigenkapitalunterlegung erfolgt mit dem so genannten „Basisindi-</p>

---

katoransatz“, der sich am Bruttoertrag orientiert. Zusätzlich wird für unser Haus ein interner Risikowert ermittelt, der sich aus der Bilanzsumme ableitet und die verbindliche Untergrenze des Risikolumens darstellt.

Risikomindernd wirken die Vorgaben in den für alle Geschäftsbereiche erstellten Arbeitsanleitungen, deren Einhaltung regelmäßig durch die Interne Revision überwacht wird. Außerdem verfügt die Stadt-Sparkasse Solingen im Interesse einer Minimierung operationeller Risiken über ein funktionierendes Qualitätsmanagement und diverse Versicherungen. Als mögliche Quelle von operationellen Risiken steht insbesondere die elektronische und automatisierte Datenverarbeitung im Blickfeld. In diesem Bereich wirken abgestufte Berechtigungssysteme sowie Kontroll- und Überwachungsprozesse und die enge Abstimmung mit unserem IT-Dienstleister Finanz Informatik unbefugten Zugriffen und dem Missbrauch vertraulicher Informationen entgegen.

Seit 2008 wird ein Steuerungssystem eingesetzt, das insbesondere die Ziele Risikoidentifikation, Risikoanalyse und damit die Vermeidung bzw. Verminderung von Schäden verfolgt. Vor diesem Hintergrund schätzen wir die Gefahr des Eintritts übermäßiger operationeller Risiken - wie auch schon in den Vorjahren - als gering ein. Seit Jahren sind keine gravierenden Schäden durch schlagend gewordene operationelle Risiken aufgetreten. Der tatsächliche Aufwand bewegt sich dauerhaft weit unterhalb der in der Risikostrategie festgelegten Höchstgrenze von 500 Tsd. Euro p. a.

#### **Sonstige Risiken**

Hier sind die Risiken im Zusammenhang mit der erforderlichen Stabilisierung der WestLB AG zu nennen. Diesem Risiko wird im Rahmen des RSGV-Ansparmodells durch ausreichende Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken Rechnung getragen. Darüber hinaus sehen wir aufgrund des bereits vorhandenen Risikodeckungspotenzials auch für den eventuell notwendigen Fall der Bildung einer entsprechenden Rückstellung keine untragbare Belastung unserer Risikotragfähigkeit. Die Einzelheiten zu den ergriffenen Maßnahmen sind im Teil D (Prognosebericht) beschrieben.

#### **Gesamtrisikosituation**

Das Gesamtbankrisiko war durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial (wirtschaftliches Eigenkapital nach Abzug des notwendigen Haftkapitals gem. SolvV sowie weiterer Positionen aufgrund von §10 Abs. 6 Satz 1 KWG und wegen Beachtung der Großkreditobergrenze) jederzeit ausreichend abgesichert.

Das Jahr 2011 war hauptsächlich von erforderlichen Bewertungsaufwendungen für Beteiligungen und Wertpapiere gekennzeichnet; Im Bereich der Adressenrisiken war eine für unser Haus positive Entwicklung festzustellen. Grundsätzlich bleibt die Gesamtrisikosituation von Marktpreisrisiken und Kreditrisiken geprägt. Dies gilt vor allem vor dem Hintergrund der andauernden Staatsschuldenkrise in der Eurozone. Durch verschiedene Steuerungsmaßnahmen konnte der durchschnittliche Bewertungsaufwand in den letzten Jahren unter das in der Risikostrategie vorgesehene Ziel reduziert werden. Bei einer aufsichtsrechtlichen Gesamtkennziffer von 15,6 % per 31.12.2011 wird der in der Solvabilitätsverordnung für die vierteljährliche Ermittlung vorgeschriebene Mindestwert von 8,4 % deutlich überschritten. Damit sind auch zukünftige Geschäftsausweitungen möglich, sofern die Vorschriften zur Berechnung der Eigenkapital-Relation nicht deutlich verschärft werden.

Die Auslastung der Risikolimits lag während des Geschäftsjahres mit Ausnahme der Beteiligungsrisiken innerhalb der auf Gesamtbankebene festgelegten Grenzen. Diesen Risiken wurde soweit möglich mit entsprechenden Maßnahmen begegnet.

Die Stadt-Sparkasse Solingen steuert ihre Risiken in einer dem Geschäftsumfang und der Risikointensität angemessenen Weise.

## **D. Prognosebericht**

Unsere Erwartungen gründen sich auf die zum Zeitpunkt der Berichterstattung vorliegenden Prognosen u. a. des Statistischen Bundesamts sowie der

---

Wirtschaftsforschungsinstitute. Ob die erwarteten Entwicklungen dann tatsächlich so eintreten, ist neben der üblichen Prognoseunsicherheit stark davon abhängig, ob es gelingt, eine Lösung/Stabilisierung der Staatsschuldenkrise im Jahresverlauf zu erreichen. Diese wird unisono als größter Risikofaktor in allen Prognosen genannt.

Kennzeichnend für die prognostizierte Entwicklung der deutschen Wirtschaft in 2012 sind ein Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Leistung im Winterhalbjahr 2011/2012 und ein Aufleben der Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte 2012. Alles in allem erwarten die großen Wirtschaftsforschungsinstitute eine geringe Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion im laufenden Jahr zwischen 0,3% und 0,6% und 1,6% bis 2,2% in 2013.

Die Stadt-Sparkasse Solingen kann möglichen negativen Entwicklungen, besonders im Bereich der Zinsänderungs- und Adressenausfallrisiken, durch den Einsatz geeigneter Verfahren rechtzeitig entgegensteuern. Dem ebenfalls bedeutenden Kursrisiko tragen wir u. a. durch eine tägliche Überwachung Rechnung, die eine rechtzeitige Reaktion auf Kursverluste ermöglicht.

Bemerkenswert ist, dass trotz einer voraussichtlich kaum wachsenden Wirtschaft in 2012 weiterhin positive Nachrichten vom Arbeitsmarkt erwartet werden. Die meisten Wirtschaftsforscher gehen von einem fortgesetzten Abbau der Arbeitslosigkeit und einer weiteren Zunahme der Erwerbstätigkeit aus, lediglich wird sich diese Entwicklung mit einer geringeren Dynamik vollziehen. Die prognostizierte Arbeitslosenquote - in der Definition der Bundesagentur für Arbeit - liegt bei ca. 6,7%.

Im Kreditgeschäft rechnen wir mit einem leicht steigenden Volumen. Dies gilt zum einen für den gewerblichen Bereich, da hier aufgrund der anhaltend positiven wirtschaftlichen Entwicklung entsprechende Investitionsanreize vorliegen. Zum anderen ist auch für den Wohnungsbau wegen des noch günstigen Zinsniveaus ebenfalls von einer positiven Bestandsentwicklung auszugehen. Im Passivbereich erwarten wir ein Andauern des zuletzt beobachteten Kundenverhaltens mit einer deutlichen Präferenz für liquide Anlagen. Die Bilanzsumme wird sich voraussichtlich leicht über dem Vorjahresniveau bewegen.

Für das Zinsergebnis erwarten wir wegen des weiterhin niedrigen Zinsniveaus und des starken Wettbewerbs auf der Passivseite einen leicht sinkenden Ertrag. Das Provisionsergebnis erreicht wahrscheinlich knapp das Vorjahresniveau. Den Bewertungsaufwand im Bereich der Eigenanlagen schätzen wir aufgrund des stabilen Zinsniveaus und der Erholung am Aktienmarkt niedriger ein als im vergangenen Geschäftsjahr; hierbei gehen wir davon aus, dass es nicht erneut zu deutlichen Verwerfungen an den Finanzmärkten kommt. Im originären Kreditbereich gehen wir infolge der andauernden wirtschaftlichen Belebung von einem moderaten Bewertungsaufwand aus.

Kosteneinsparungen sind aufgrund der in den Vorjahren umgesetzten Maßnahmen nur noch in geringem Umfang möglich. Die Personalkosten werden sehr wahrscheinlich durch in 2012 umzusetzende Tarifabschlüsse belastet. Investitionen sind lediglich für kontinuierliche Instandhaltungs- u. Modernisierungsmaßnahmen und darüber hinaus nicht in größerem Umfang geplant.

Wir erwarten in den nächsten zwei Jahren aufgrund der derzeitigen Rahmenbedingungen für den Geld u. Kapitalmarkt moderate Zinserhöhungen, allerdings erst im 2. Halbjahr 2012 oder in 2013. Daher werden wir weiterhin unter Berücksichtigung einer angemessenen Risikovorsorge Ertragschancen durch Fristentransformation und Diversifikation der Eigenanlagen nutzen.

Wir gehen weiterhin davon aus, dass sich die nach wie vor positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung auch in unserem Geschäftsgebiet niederschlägt, insbesondere in der exportorientierten Schneidwarenindustrie sowie im Bereich der Automobilzulieferer.

Für das laufende und das folgende Jahr gehen wir von einer weiterhin stabilen Geschäftsentwicklung aus. Wir erwarten Jahresergebnisse auf dem Niveau der letzten Jahre, die - vor allem vor dem Hintergrund der künftig erhöhten Eigenkapitalanforderungen von Basel III - zur Stärkung des Eigenkapitals und somit zu einer weiteren Verbesserung der Vermögenslage beitragen sollten. Aufgrund der guten Finanzmittelausstattung und der ausgewogenen Liquiditätsplanung sehen wir uns in der überschaubaren Zukunft weiterhin in der Lage, allen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

---

## WestLB AG

Die Anteilseigner der WestLB AG (u. a. der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf - RSGV - mit rd. 25,03 %) haben im November 2009 mit der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) Maßnahmen zur Stabilisierung der WestLB AG vereinbart. Die Verbandsversammlung des RSGV hat den Vorstandsvorsitzer ermächtigt, die zur Umsetzung notwendigen Verträge zu unterzeichnen und Erklärungen abzugeben.

Auf dieser Grundlage wurden im Dezember 2009 die Verträge zur Errichtung einer Abwicklungsanstalt („Erste Abwicklungsanstalt“) gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz geschlossen. Der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf (RSGV) ist entsprechend seines Anteils (25,03 %) verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt von 3 Mrd. Euro und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. Euro zu übernehmen. Auf die Sparkasse entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Verpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV (1,61 %). Auf Basis derzeitiger Erkenntnisse ist für diese Verpflichtung im Jahresabschluss 2011 der Sparkasse keine Rückstellung zu bilden.

Es besteht aber das Risiko, dass die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer entsprechend ihres Anteils am RSGV aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Für dieses Risiko wird die Sparkasse für einen Zeitraum von 25 Jahren aus dem Gewinn des jeweiligen Geschäftsjahrs eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge bilden. Es ist vorgesehen, den Vorsorgebedarf unter Berücksichtigung der Erkenntnisse und Erwartungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Abwicklungsplans unter Einbeziehung aller Beteiligten nach Ablauf von zehn Jahren zu überprüfen. Seit dem Geschäftsjahr 2009 wurde eine Vorsorge in Höhe von 3,7 Mio. Euro durch Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB getroffen. Davon entfallen auf das Geschäftsjahr 2011 1,2 Mio. Euro.

Davon unberührt bleibt die Verpflichtung, im Rahmen der Erstellung des jeweiligen Jahresabschlusses zu prüfen, ob sich aufgrund der dann vorliegenden Erkenntnisse die Notwendigkeit ergibt, eine Rückstellung zu bilden.

Solingen, im März 2012

Vorstand

Heinemann

Kartenberg

Samorey

# BERICHT DES VERWALTUNGSRATES

Der Rat der Stadt Solingen hat in seiner Sitzung am 14. Juli 2011 den Sparkassenorganen Entlastung für das Geschäftsjahr 2010 erteilt.

Der Verwaltungsrat trat im Jahr 2011 zu fünf Sitzungen zusammen, in denen er Berichte des Vorstandes über die Wirtschafts- und Geschäftslage entgegennahm, Fragen der Geschäftspolitik erörterte und die erforderlichen Beschlüsse fasste.

Der Jahresabschluss 2011 und der Lagebericht wurden von der Prüfungsstelle des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes geprüft. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde erteilt und damit testiert, dass Buchführung und Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften entsprechen und der Lagebericht im Einklang mit dem Jahresabschluss steht.

Gemäß § 15 Abs. 2 d) SpkG NRW hat der Verwaltungsrat den Jahresabschluss 2011 festgestellt und den Lagebericht für das Jahr 2011 gebilligt.

Die Verwendung des Jahresüberschusses in Höhe von 3.961.102,18 Euro erfolgt nach § 25 SpkG NRW. Der Verwaltungsrat schlägt gemäß § 24 Abs. 4 Satz 2 SpkG NRW der Vertretung des Trägers vor, einen Betrag von 2.961.102,18 Euro der Sicherheitsrücklage zuzuführen. Weiter schlägt der Verwaltungsrat vor, auf die Zuführung des restlichen Betrages von 1.000.000,00 Euro an den Träger mit der Maßgabe zu verzichten, dass der Verwaltungsrat diesen Betrag nach Abzug von Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag als Gewinnverwendung gemäß § 25 Abs. 3 SpkG NRW unmittelbar Dritten zur Erfüllung gemeinwohlorientierter örtlicher Aufgaben des Trägers oder für gemeinnützige Zwecke zuführt und damit auf die Förderung des kommunalen, bürgerschaftlichen und trägerschaftlichen Engagements, insbesondere in den Bereichen Bildung und Erziehung, Soziales und Familie, Kultur und Sport sowie Umwelt, beschränkt.

Solingen, 11. Juni 2012

Verwaltungsrat

Feith, Vorsitzender



---

# Jahresabschluss

zum

31. Dezember 2011

der

Stadt-Sparkasse Solingen

Land

Nordrhein-Westfalen

Regierungsbezirk

Düsseldorf

**Aktivseite**

**Jahresbilanz zum 31. Dezember 2011**

	Euro	Euro	Euro	31.12.2010 Tsd. EUR
<b>1. Barreserve</b>				
a) Kassenbestand		9.504.612,87		10.486
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		<u>3.974.430,06</u>		<u>30.636</u>
			13.479.042,93	41.122
<b>2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind</b>				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		<u>-,-</u>		-
b) Wechsel		<u>-,-</u>		-
			-,-	-
<b>3. Forderungen an Kreditinstitute</b>				
a) täglich fällig		2.221.948,41		13.047
b) andere Forderungen		<u>73.919.210,20</u>		<u>58.531</u>
			76.141.158,61	71.578
<b>4. Forderungen an Kunden</b>			1.428.957.056,22	1.381.841
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	822.954.706,27 Euro			(798.921)
Kommunalkredite	<u>137.093.766,44 Euro</u>			<u>(110.015)</u>
<b>5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		<u>-,-</u>		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	<u>-,- Euro</u>			( - )
ab) von anderen Emittenten		<u>-,-</u>		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	<u>-,- Euro</u>			( - )
b) Anleihen und Schuldverschreibungen			<u>-,-</u>	-
ba) von öffentlichen Emittenten	25.007.965,97			-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	<u>25.007.965,97 Euro</u>			( - )
bb) von anderen Emittenten		<u>318.925.791,24</u>		<u>309.454</u>
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	<u>281.987.337,07 Euro</u>		343.933.757,21	<u>309.454</u>
c) eigene Schuldverschreibungen			<u>1.129.809,22</u>	<u>2.069</u>
Nennbetrag	<u>1.098.000,00 Euro</u>			<u>(2.002)</u>
			345.063.566,43	311.524
<b>6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>			167.512.903,99	180.545
<b>6a. Handelsbestand</b>			3.352.780,55	2.602
<b>7. Beteiligungen</b>			40.261.546,64	46.264
darunter:				
an Kreditinstituten	<u>-,- Euro</u>			( - )
an Finanzdienstleistungsinstituten	<u>-,- Euro</u>			( - )
<b>8. Anteile an verbundenen Unternehmer</b>			-,-	-
darunter:				
an Kreditinstituten	<u>-,- Euro</u>			( - )
an Finanzdienstleistungsinstituten	<u>-,- Euro</u>			( - )
<b>9. Treuhandvermögen</b>			37.936,77	44
darunter:				
Treuhandkredite	<u>37.936,77 Euro</u>			<u>(44)</u>
<b>10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch</b>			-,-	-
<b>11. Immaterielle Anlagewerte</b>				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		<u>-,-</u>		-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		80.739,00		112
c) Geschäfts- oder Firmenwert		<u>-,-</u>		-
d) geleistete Anzahlungen		<u>-,-</u>		-
			80.739,00	112
<b>12. Sachanlagen</b>			17.857.008,83	18.267
<b>13. Sonstige Vermögensgegenstände</b>			3.665.673,23	6.263
<b>14. Rechnungsabgrenzungsposter</b>			1.357.187,15	1.501
<b>15. Aktive latente Steuern</b>			-,-	-
<b>16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung</b>			-,-	-
<b>Summe der Aktiva</b>			2.097.766.600,35	2.061.662

## Passivseite

	Euro	Euro	Euro	31.12.2010 Tsd. EUR
<b>1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>				
a) täglich fällig		10.675.691,58		7.083
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>260.798.908,86</u>	271.474.600,44	<u>245.356</u> <u>252.439</u>
<b>2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	584.382.678,25			528.428
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>67.653.804,22</u>	652.036.482,47		<u>135.052</u> <u>663.480</u>
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	703.111.439,59			741.663
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>227.460.647,96</u>	930.572.087,55	1.582.608.570,02	<u>138.951</u> <u>880.613</u> <u>1.544.094</u>
<b>3. Verbriefte Verbindlichkeiten</b>				
a) begebene Schuldverschreibungen		42.923.203,08		55.560
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		<u>-,-</u>		<u>-</u>
darunter:				
Geldmarktpapiere	-,- Euro			( - )
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-,- Euro			( - )
			42.923.203,08	55.560
<b>3a. Handelsbestand</b>			-,-	-
<b>4. Treuhandverbindlichkeiten</b>			37.936,77	44
darunter:				
Treuhandkredite	37.936,77 Euro			(44)
<b>5. Sonstige Verbindlichkeiten</b>			3.498.352,24	3.452
<b>6. Rechnungsabgrenzungsposter</b>			3.786.102,02	3.817
<b>6a. Passive latente Steuern</b>			-,-	-
<b>7. Rückstellungen</b>				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		10.210.306,00		10.011
b) Steuerrückstellungen		2.690.400,00		-
c) andere Rückstellungen		<u>13.551.779,44</u>	26.452.485,44	<u>16.005</u> <u>26.016</u>
<b>8. Sonderposten mit Rücklageanteil</b>			-,-	-
<b>9. Nachrangige Verbindlichkeiten</b>			12.473.750,00	33.425
<b>10. Genusssrechtskapital</b>			1.735.147,00	1.752
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	584.648,00 Euro			(593)
<b>11. Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>			17.043.500,00	8.544
darunter:				
Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	143.500,00 Euro			(144)
<b>12. Eigenkapital</b>				
a) gezeichnetes Kapital		-,-		-
b) Kapitalrücklage		-,-		-
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	131.771.851,16			128.949
cb) andere Rücklagen	<u>-,-</u>	131.771.851,16		<u>128.949</u> <u>3.573</u>
d) Bilanzgewinn		<u>3.961.102,18</u>	135.732.953,34	<u>132.522</u>
<b>Summe der Passiva</b>			2.097.766.600,35	2.061.662
<b>1. Eventualverbindlichkeiten</b>				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		-,-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträge		20.910.157,83		19.500
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		<u>-,-</u>	20.910.157,83	<u>-</u> <u>19.500</u>
<b>2. Andere Verpflichtungen</b>				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		-,-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		-,-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>90.671.457,53</u>	90.671.457,53	<u>109.865</u> <u>109.865</u>

**Gewinn- und Verlustrechnung  
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011**

	Euro	Euro	Euro	1.1.-31.12.2010 Tsd. EUR
<b>1. Zinserträge aus</b>				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	<u>73.684.166,32</u>			<u>73.870</u>
darunter:				
aus der Abzinsung von Rückstellungen	<u>0,53 Euro</u>			<u>( - )</u>
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	<u>10.187.294,00</u>			<u>11.520</u>
		<u>83.871.460,32</u>		<u>85.390</u>
<b>2. Zinsaufwendungen</b>		<u>33.302.455,69</u>		<u>41.348</u>
darunter:				
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	<u>69.435,36 Euro</u>			<u>(81)</u>
			<u>50.569.004,63</u>	<u>44.043</u>
<b>3. Laufende Erträge aus</b>				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		<u>8.033.382,56</u>		<u>7.778</u>
b) Beteiligungen		<u>1.013.915,02</u>		<u>961</u>
c) Anteilen an verbundenen Unternehmer		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			<u>9.047.297,58</u>	<u>8.739</u>
<b>4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen</b>			<u>-,-</u>	<u>-</u>
<b>5. Provisionserträge</b>		<u>15.073.643,17</u>		<u>14.929</u>
<b>6. Provisionsaufwendungen</b>		<u>783.998,39</u>		<u>966</u>
			<u>14.289.644,78</u>	<u>13.964</u>
<b>7. Nettoaufwand (Vorjahr Nettoertrag) des Handelsbestands</b>			<u>1.264.087,07</u>	<u>143</u>
darunter: Entnahmen aus (Vorjahr: Zuführungen zum) Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	<u>-,- Euro</u>			<u>(144)</u>
<b>8. Sonstige betriebliche Erträge</b>			<u>5.626.722,21</u>	<u>3.793</u>
darunter:				
aus der Fremdwährungs-umrechnung	<u>1.269.495,05 Euro</u>			<u>(97)</u>
aus der Abzinsung von Rückstellungen	<u>2.776,84 Euro</u>			<u>( - )</u>
<b>9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil</b>			<u>-,-</u>	<u>-</u>
			<u>78.268.582,13</u>	<u>70.682</u>
<b>10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen</b>				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	<u>26.041.733,79</u>			<u>26.172</u>
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>7.117.176,41</u>			<u>7.384</u>
darunter: für Altersversorgung	<u>2.339.350,04 Euro</u>	<u>33.158.910,20</u>		<u>33.556</u>
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>10.732.457,39</u>		<u>(2.562)</u>
			<u>43.891.367,59</u>	<u>11.276</u>
				<u>44.832</u>
<b>11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen</b>			<u>1.895.695,56</u>	<u>2.317</u>
<b>12. Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>			<u>3.562.505,04</u>	<u>7.808</u>
darunter:				
aus der Fremdwährungs-umrechnung	<u>23.545,74 Euro</u>			<u>(5.649)</u>
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	<u>785.363,71 Euro</u>			<u>(890)</u>
<b>13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>			<u>1.199.497,47</u>	<u>-</u>
<b>14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>			<u>-,-</u>	<u>228</u>
			<u>1.199.497,47</u>	<u>228</u>
<b>15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen</b>				
Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		<u>5.875.027,93</u>		<u>1.054</u>
<b>16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren</b>			<u>-,-</u>	<u>-</u>
			<u>5.875.027,93</u>	<u>1.054</u>
<b>17. Aufwendungen aus Verlustübernahme</b>			<u>-,-</u>	<u>-</u>
<b>18. Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>			<u>8.500.000,00</u>	<u>4.400</u>
<b>19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit</b>			<u>13.344.488,54</u>	<u>10.498</u>
<b>20. Außerordentliche Erträge</b>			<u>-,-</u>	<u>-</u>
<b>21. Außerordentliche Aufwendungen</b>			<u>-,-</u>	<u>2.301</u>
darunter:				
Übergangseffekte aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes	<u>-,- Euro</u>			<u>(2.301)</u>
<b>22. Außerordentliches Ergebnis</b>			<u>-,-</u>	<u>2.301</u>
<b>23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</b>		<u>9.105.076,15</u>		<u>4.394</u>
<b>24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen</b>		<u>278.310,21</u>		<u>230</u>
			<u>9.383.386,36</u>	<u>4.625</u>
<b>25. Jahresüberschuss</b>			<u>3.961.102,18</u>	<u>3.573</u>
<b>26. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr</b>			<u>-,-</u>	<u>-</u>
			<u>3.961.102,18</u>	<u>3.573</u>
<b>27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen</b>				
a) aus der Sicherheitsrücklage		<u>-,-</u>		<u>-</u>
b) aus anderen Rücklagen		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			<u>-,-</u>	<u>-</u>
			<u>3.961.102,18</u>	<u>3.573</u>
<b>28. Einstellungen in Gewinnrücklagen</b>				
a) in die Sicherheitsrücklage		<u>-,-</u>		<u>-</u>
b) in andere Rücklagen		<u>-,-</u>		<u>-</u>
			<u>-,-</u>	<u>-</u>
<b>29. Bilanzgewinn</b>			<u>3.961.102,18</u>	<u>3.573</u>

# Anhang zum Jahresabschluss 2011

## Grundlagen der Rechnungslegung

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt.

## Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

### 1. Allgemeine Angaben

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden im Geschäftsjahr 2011 nicht verändert. Im Berichtsjahr wurden zur Vermeidung von Verlusten im Kreditgeschäft erworbene Grundstücke und Gebäude aus dem Umlaufvermögen in das Sachanlagevermögen übernommen, da diese sich länger als fünf Jahre im Bestand befinden und eine konkrete Verkaufsabsicht nicht mehr besteht.

### 2. Bilanzierung und Bewertung der Aktivposten

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute einschließlich Schuldscheindarlehen mit Halteabsicht bis zur Endfälligkeit und Namensschuldverschreibungen haben wir zum Nennwert bilanziert. Die Unterschiedsbeträge zwischen Nennwert und Auszahlungsbetrag wurden aufgrund ihres Zinscharakters in die Rechnungsabgrenzungsposten aufgenommen; sie werden planmäßig auf die Zinsbindungsdauer bzw. die Laufzeit, dann max. fünf Jahre, verteilt.

Für akute Ausfallrisiken bei Forderungen an Kunden haben wir Einzelwertberichtigungen in Höhe des zu erwartenden Ausfalls gebildet. Ferner wurden nach den Erfahrungen der Vergangenheit (Ausfälle der letzten fünf Jahre) bemessene Pauschalwertberichtigungen auf den latent gefährdeten Forderungsbestand berücksichtigt. Zusätzlich besteht Vorsorge für die besonderen Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute.

Der Wechselbestand wurde zum Zeitwert bilanziert.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere des Umlaufvermögens sind mit ihren Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips und des Wertaufholungsgebots bilanziert. Zusätzlich besteht Vorsorge für die besonderen Risiken von Kreditinstituten.

Wertpapiere, die dazu bestimmt wurden, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, wurden ebenfalls nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Finanzinstrumente des Handelsbestands sind zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bewertet worden (§ 340e Abs. 3 HGB).

Anschaffungskosten von Wertpapieren, die aus mehreren Erwerbsvorgängen resultieren, wurden auf Basis des Durchschnittspreises ermittelt.

Existiert für ein Wertpapier bzw. ein Finanzinstrument des Handelsbestands ein aktiver Markt, entspricht der beizulegende (Zeit-)Wert dem Markt- bzw. Börsenpreis am Bilanzstichtag. Liegt kein aktiver Markt vor, wird der beizulegende (Zeit-)Wert durch allgemein anerkannte Bewertungsmethoden ermittelt. Für Anteile an Investmentfonds haben wir als beizulegenden (Zeit-)Wert den investimentrechtlichen Rücknahmepreis bzw. den Nettoinventarwert angesetzt.

Einen aktiven Markt haben wir unterstellt, wenn Marktpreise von einer Börse, einem Händler oder einer Preis-Service-Agentur leicht und regelmäßig erhältlich sind und auf aktuellen und regelmäßig auftretenden Markttransaktionen beruhen.

Für Teile unseres zinsbezogenen Wertpapierbestands waren die Märkte zum Bilanzstichtag als nicht aktiv anzusehen. In diesen Fällen haben wir zunächst Informationen über jüngste Transaktionen in diesen Wertpapieren untersucht. Sofern entsprechende Informationen vorlagen, haben wir die daraus ableitbaren Kurse verwendet. Sofern keine entsprechenden Informationen vorlagen, haben wir die von Marktteilnehmern veröffentlichten indikativen Kurse verwendet. Diese indikativen Kurse haben wir anhand weiterer Marktinformationen einer Plausibilitätskontrolle unterzogen. Bei diesen Marktinformationen handelt es sich u.a. um konkrete Kaufangebote oder herangezogene Vergleichsrenditen.

Für eine Anleihe erfolgte eine modellbasierte Bewertung mit Hilfe des Discounted Cashflow Verfahrens (DCF-Modell). Der aus dem Wertpapier nach den vertraglichen Vereinbarungen erwartete Cashflow wurde dabei mit einem geeigneten Zins abgezinst. Der Diskontierungszins setzt sich aus einem Basiszins und einem Risikozuschlag (Spread) zusammen. Für die Bestimmung der Parameter haben wir vorrangig am Markt beobachtbare Werte verwendet. Als Basiszins diente die aus dem Interbankenhandel abgeleitete "Swap-Kurve"; der Spread wurde mit Hilfe von Marktinformationen der Agentur Reuters, die mit Veröffentlichungen weiterer Marktteilnehmer plausibilisiert wurden, ermittelt.

Die unternehmensindividuelle Festsetzung wesentlicher Bewertungsparameter ist mit Ermessensentscheidungen verbunden, die - trotz sachgerechter Ermessensausübung - im Vergleich mit aktiven Märkten zu deutlich höheren Schätzunsicherheiten führen.

Beteiligungen sind mit den Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen wegen dauernder sowie voraussichtlich vorübergehender Wertminderung, bilanziert. Ausstehende Verpflichtungen zur Leistung gesellschaftsvertraglich begründeter Einlageverpflichtungen wurden dann aktiviert, wenn sie bereits eingefordert wurden. Die Beteiligungsbewertung erfolgt nicht auf Basis der Vorgaben des IDW RS HFA 10 (Ertragswertverfahren), da die Art bzw. der betragsliche Umfang unserer Beteiligungen dies rechtfertigen.

Die Sachanlagen, die ab dem Jahr 2010 angeschafft worden sind, werden linear über die voraussichtliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Vor dem Jahr 2010 angeschaffte Vermögensgegenstände schreiben wir unter Nutzung der Übergangsmöglichkeiten des BilMoG (Artikel 67 Abs. 4 EGHGB) weiterhin mit den steuerlich zulässigen Höchstsätzen ab. Niedrigere Wertansätze auf Sachanlagevermögen, die aus der Übernahme steuerrechtlicher Regelungen resultierten (§ 6b EStG), haben wir ebenfalls nach Artikel 67 Abs. 4 EGHGB fortgeführt.

Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis 150 Euro werden sofort als Sachaufwand erfasst. Bei Anschaffungskosten von mehr als 150 Euro bis 1.000 Euro bzw. bei Software bis 410 Euro wird ein Sammelposten gebildet, der aufgrund der insgesamt unwesentlichen Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Rahmen einer Gesamtbetrachtung über fünf Jahre ergebniswirksam verteilt wird.

Software wurde nach den Grundsätzen des Rechnungslegungsstandards HFA 11 des Instituts der Wirtschaftsprüfer e.V. bilanziert.

Einen Überhang aktiver latenter Steuern, der sich nach Saldierung mit passiven latenten Steuern ergab, haben wir in Ausübung des Wahlrechts aus § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht bilanziert.

### **3. Bilanzierung und Bewertung der Passivposten**

Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen angesetzt. Agien und Disagien werden in Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig verteilt.

Beim erstmaligen Ansatz von Rückstellungen wird der diskontierte Erfüllungsbetrag in einer Summe erfasst (Nettomethode).

Die Rückstellungen für unmittelbar zugesagte Pensionen und ähnliche Verpflichtungen haben wir nach dem finanzmathematischen Teilwertverfahren auf Grundlage der Heubeck-Richttafeln 2005G berechnet. Bei der Ermittlung wurden jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,5 % und Rentensteigerungen von 1,5 % unterstellt. Die Rückstellungen wurden unter Wahrnehmung des Wahlrechts gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt.

Die sonstigen Rückstellungen wurden in Höhe des voraussichtlichen Erfüllungsbetrags unter Berücksichtigung zukünftiger Kostensteigerungen gebildet. Sie wurden bei einer voraussichtlichen Restlaufzeit von mehr als einem Jahr abgezinst. Die Abzinsung erfolgte mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden, von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre.

Zur Sicherung gegen allgemeine Bankrisiken wurden dem Sonderposten gemäß § 340g HGB neue Mittel zugeführt.

#### **4. Bewertung des zinsbezogenen Bankbuchs (Zinsbuch)**

Zinsbezogene Finanzinstrumente (einschließlich Derivate) unseres Bankbuchs (Zinsbuchs) haben wir auf der Grundlage des vom IDW veröffentlichten Entwurfs des RS BFA 3 bewertet ("verlustfreie Bewertung"). Ein Verpflichtungsüberschuss besteht nicht, so dass die Bildung einer Rückstellung nicht erforderlich war.

#### **5. Bilanzierung und Bewertung von Derivaten**

Die Sparkasse setzt Derivate im Wesentlichen im Rahmen der Zinsbuchsteuerung ein. Sie wurden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs (Zinsbuchs) einbezogen.

Darüber hinaus wurde eine Bewertungseinheit gemäß § 254 HGB als Micro-Hedge zur Absicherung von Zinsrisiken eines Wertpapiers gebildet. Die Angaben nach § 285 Nr. 23 HGB erfolgen in einem separaten Abschnitt des Anhangs.

Derivate, die weder in die Zinsbuchsteuerung bzw. in die Bewertungseinheit nach § 254 HGB einbezogen wurden, bestehen nur in Form von Devisentermingeschäften zur besonderen Deckung von Währungsgeschäften.

Strukturierte Produkte wurden einheitlich bilanziert und verbunden bewertet. Die Bilanzierung und Bewertung erfolgte in Übereinstimmung mit der Stellungnahme RS HFA 22 des IDW.

#### **Ausweis in Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sowie im Anhang**

Die laufenden Erträge aus Finanzinstrumenten des Handelsbestands werden in Übereinstimmung mit unserer internen Steuerung in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den laufenden Erträgen aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren ausgewiesen.

Der Ausweis der Ergebnisse der Währungsumrechnung erfolgt unter den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. den sonstigen betrieblichen Aufwendungen. In den Ausweis haben wir auch realisierte Gewinne und Verluste einbezogen.

Die zu Posten oder Unterposten der Bilanz nach Restlaufzeiten gegliederten Beträge beinhalten keine anteiligen Zinsen.

#### **Angabe der Grundlage für die Umrechnung von Fremdwährungsposten in Euro**

Nicht dem Handelsbestand zugeordnete oder nicht in Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB aufgenommene, auf ausländische Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten sowie am Bilanzstichtag nicht abgewickelte Kassageschäfte sind mit dem Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag in Euro umgerechnet. In den Beständen sind in derselben Währung besonders gedeckte Geschäfte vorhanden. Von einer besonderen Deckung gehen wir aus, wenn das Wechselkursänderungsrisiko durch sich betragsmäßig entsprechende Geschäfte oder Gruppen von Geschäften einer Währung beseitigt wird. Bei den besonders gedeckten Geschäften handelt es sich um laufende Konten und Devisentermingeschäfte von Kunden, die durch gegenläufige Geschäfte mit Kreditinstituten gedeckt sind, sowie um eine Währungsposition im Eigengeschäft, die durch ein Devisentermingeschäft gedeckt ist. Für die entsprechenden, zum Jahresende nicht abgewickelten Termingeschäfte wurde der Terminkurs herangezogen. Für das Devisentermineigengeschäft wurde der Terminkurs in seine Bestandteile Kassakurs und Swapsatz aufgeteilt, weil das Termingeschäft zur Sicherung einer zinstragenden Bilanzposition dient. In diesem Fall ist der Unterschiedsbetrag zwischen Kassa- und Terminkurs bei Abschluss des Termingeschäfts zeitanteilig im Zinsergebnis enthalten. Die Umrechnung des Termingeschäfts wurde daher zum Devisenkassamittelkurs vorgenommen.

Die Aufwendungen und Erträge der besonders gedeckten Geschäfte wurden saldiert und in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

Die Aufwendungen aus der Währungsumrechnung wurden unabhängig von der Restlaufzeit erfolgswirksam berücksichtigt und im sonstigen Ergebnis ausgewiesen. Die Erträge aus der Umrechnung von Fremdwährungsposten mit einer Restlaufzeit von einem Jahr oder weniger wurden erfolgswirksam vereinnahmt und analog ausgewiesen.

Auf Fremdwährung lautende Bargeldbestände wurden zum Kassakurs am Bilanzstichtag in Euro umgerechnet.

## Erläuterungen zur Bilanz

	<u>Euro</u>	<u>Euro i. Vj.</u>
<b>Aktiva 3 - Forderungen an Kreditinstitute</b>		
In diesem Posten sind enthalten:		
- Forderungen an die eigene Girozentrale	1.896.729,58	
Der Unterposten b) - andere Forderungen - setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
- bis drei Monate	900.385,99	
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	35.339.285,11	
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	25.242.636,15	
- mehr als fünf Jahre	11.814.422,41	
In folgendem Unterposten sind enthalten:		
b) andere Forderungen		
- nachrangige Forderungen	31.306.977,60	31.306.977,60

Die Bewertung dieser Forderungen lässt nach unserer Einschätzung im Zusammenhang mit der aktuellen Situation der Finanzmärkte derzeit keine Zahlungsausfälle erwarten.

<b>Aktiva 4 - Forderungen an Kunden</b>		
In diesem Posten sind enthalten:		
- Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	10.046.600,49	10.387.229,11
- nachrangige Forderungen	3.557.457,24	3.530.325,34
Für diese Forderungen bestehen Haftungsfreistellungen durch die KfW in Höhe von 1.466.230,64 Euro sowie die NRW.Bank in Höhe von 2.011.774,23 Euro.		
Dieser Posten setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
- bis drei Monate	70.490.065,31	
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	150.081.456,83	
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	373.021.365,19	
- mehr als fünf Jahre	777.631.887,18	
- Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	56.739.889,11	

<b>Aktiva 5 - Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>		
In diesem Posten sind enthalten:		
- Beträge, die bis zum 31.12.2012 fällig werden	89.922.997,00	
- nachrangige Vermögensgegenstände	8.778.331,12	10.841.080,84
Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:		
- börsennotiert	319.831.526,63	
- nicht börsennotiert	25.232.039,80	

Die folgende Darstellung dient dazu, zusätzliche Informationen zur Bilanzierung und Bewertung unseres Wertpapierbestands zu vermitteln:

Auf Wertpapiere, für die der Markt als inaktiv einzustufen ist, entfallen 92,4 % (313,9 Mio. Euro) unseres Gesamtbestands.

Art der Anlage	Buchwerte Mio. Euro	Aktiver Markt	Grundlage für die Bewertung
<u>Umlaufvermögen</u>			
Wertpapiere inländ. öffentlicher Emittenten	24,9	ja	Marktpreis
Festverzinsliche gedeckte Wertpapiere	29,6	nein	Indikativer Preis
Festverzinsliche sonstige Wertpapiere	161,6	nein	Indikativer Preis
Variabel verzinsliche sonstige Wertpapiere	119,0	nein	Indikativer Preis
Wertpapier aus Bewertungseinheit	3,7	nein	Bewertungsmodell
Zurückgekauft eigene IHS	1,1	ja	Marktpreis

**Aktiva 6 - Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere**

In diesem Posten sind enthalten:

- nachrangige Vermögensgegenstände	1.765.712,50	1.470.000,00
------------------------------------	--------------	--------------

Die Sparkasse hält mehr als 10 % der Anteile an folgenden, nach Anlagezielen gegliederten inländischen Investmentvermögen im Sinne des Investmentgesetzes (InvG).

	Buchwert Mio. Euro	Marktwert Mio. Euro	Diff. Marktwert - Buchwert Mio. Euro	Ausschüttung 2011 Mio. Euro
<b>Rentenfonds:</b>				
<b>Spezialfonds Graf-Engelbert II</b> Der Fonds ist ein Rentenfonds mit einer schwerpunktmäßigen Investition in dänische Staatsanleihen und Pfandbriefe, wobei das Währungsrisiko gehedged ist.	15,5	17,0	1,5	0,8
<b>Spezialfonds Graf-Adolf II</b> Der Fonds ist ein Rentenfonds mit einer schwerpunktmäßigen Investition im Investmentgrade-Bereich von europäischen Unternehmen mit einer sehr breiten Streuung (Einzelwert i. d. R. nicht größer als 300 Tsd. Euro).	31,6	31,6	0,0	1,4
<b>Nord/LB AM Emerging Markets Bonds Fonds</b> Die Anlage erfolgt zu 100 % in Rentenpapieren (Emerging Markets).	5,0	5,2	0,2	0,2
<b>Bayerninvest Emerging Markets</b> Die Anlage erfolgt zu 100 % in Rentenpapieren (Emerging Markets).	5,0	5,1	0,1	0,0
<b>Mischfonds:</b>				
<b>Spezialfonds Graf-Engelbert I</b> Die Anlage erfolgt zu 70 % in Rentenpapieren (überwiegend Staats- und andere besicherte Anleihen) und zu 30 % in europäischen Standardaktien. Z. Z. entfallen ca. 16 % des Fondsvermögens auf High Yields.	67,4	72,8	5,4	2,9
<b>Spezialfonds Graf-Adolf I</b> Die Anlage erfolgt z. Z. zu ca. 35 % in Aktien (Euro-Stoxx-Werte) sowie zu ca. 65 % in Renten (überwiegend europäische Staatsanleihen und Pfandbriefe) und liquide Mittel. Ziel ist ein Aktienanteil von 30 % und ein Rentenanteil von 70 %.	23,1	23,1	0,0	1,1

Bei allen Investmentfonds ist eine tägliche Rückgabe möglich.  
Es wurden keine Abschreibungen unterlassen.

Die folgende Darstellung dient dazu, zusätzliche Informationen zur Bilanzierung und Bewertung unseres Wertpapierbestands zu vermitteln. Die in der obigen Aufstellung enthaltenen Fondsanteile sind hierin enthalten:

Art der Anlage	Buchwerte Mio. Euro	Aktiver Markt	Grundlage für die Bewertung
<u>Umlaufvermögen</u>			
Spezialfondsanteile	57,1	ja	Rücknahmewert gem. InvG
Publikumsfondsanteile	35,7	ja	Rücknahmewert gem. InvG
Publikumsfondsanteile	5,0	ja	Nettoinventarwert
Genussscheine	1,7	ja	Börsen-/Marktpreis
<u>Anlagevermögen</u>			
Aktien	0,6	ja	Börsen-/Marktpreis
Spezialfondsanteile	67,4	ja	Rücknahmewert gem. InvG

Von den in diesem Posten enthaltenen börsenfähigen Wertpapieren sind:

- börsennotiert	16.502.582,52
- nicht börsennotiert	17.079.009,31

**Aktiva 6a - Handelsaktiva**

Innerhalb des Geschäftsjahrs haben wir die institutsintern festgelegten Kriterien für die Einbeziehung von Finanzinstrumenten in den Handelsbestand nicht geändert.

Der Handelsbestand besteht ausschließlich aus Aktien (2.528,2 Tsd. Euro) und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren (824,6 Tsd. Euro).

Finanzinstrumente des Handelsbestands wurden mit dem beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bilanziert. Als beizulegender Zeitwert wurde der Börsenkurs bzw. der Rücknahmewert gem. InvG angesetzt. In Übereinstimmung mit unserer Vorgehensweise bei der internen Risikosteuerung wurde der Risikoabschlag für die Finanzinstrumente des Handelsbestands anhand der dort angewandten Value-at-Risk-Methode (VAR) ermittelt. Dabei wurde eine Haltedauer von zehn Tagen und ein Beobachtungszeitraum von 250 Tagen bei einem Konfidenzniveau von 99 % zu Grunde gelegt. Der unter diesen wesentlichen Annahmen ermittelte Risikoabschlag beträgt 874.709,15 Euro.

**Aktiva 7 - Beteiligungen**

Im Hinblick auf die untergeordnete Bedeutung der Beteiligungen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse wird auf Angaben gem. § 285 Nrn. 11 und 11a HGB verzichtet.

**Aktiva 9 - Treuhandvermögen**

Das ausgewiesene Treuhandvermögen stellt in voller Höhe Forderungen an Kunden dar.

**Aktiva 12 - Sachanlagen**

In diesem Posten sind enthalten:

- im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten

8.000.374,36

**Aktiva 14 - Rechnungsabgrenzungsposten**

In diesem Posten sind enthalten:

- Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungsbetrag und niedrigerem Ausgabebetrag bei Verbindlichkeiten

1.086.244,13 1.133.941,08

### **Aktive latente Steuern**

Aus den in § 274 HGB genannten Sachverhalten resultieren latente Steuerbe- und Steuerentlastungseffekte. Wir haben diese Effekte auf der Basis eines Körperschaftsteuersatzes von 15 % zzgl. hierauf 5,5 % Solidaritätszuschlag und einem Gewerbesteuersatz von 16,625 % unter Zugrundelegung des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 18 ermittelt. Aktive und passive latente Steuern haben wir verrechnet.

Einen verbleibenden Überhang aktiver latenter Steuern haben wir nicht angesetzt. Die verrechneten passiven und aktiven latenten Steuern resultieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen Wertansätzen folgender Gruppen von Vermögensgegenständen und Schulden: Forderungen an Kunden, Wertpapiere, Beteiligungen, Sachanlagen, Rückstellungen.

Mit Blick auf die zu versteuernden temporären Differenzen und die Erwartung voraussichtlicher künftiger steuerpflichtiger Gewinne halten wir die voraussichtliche Realisierung der aktiven latenten Steuern für gegeben.

### **Währungsumrechnung**

Unter den Aktiva lauten auf Fremdwährung Vermögensgegenstände im Gesamtbetrag von 3.038.013,51 Euro.

## Entwicklung des Anlagevermögens

in Euro	Anschaffungs- kosten	Veränderungen während des Berichtsjahrs				Abschrei- bungen insgesamt	Abschrei- bungen des Geschäftsjahrs	Abschrei- bungen des Vorjahres
		Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Zuschrei- bungen			
Grundstücke und Gebäude	71.489.340,05	2.569.608,95	5.202.618,24	0,00	0,00	53.981.984,93	943.161,69	1.274.159,88
Betriebs- und Geschäftsausstattung	25.984.731,74	782.253,80	959.838,47	0,00	0,00	22.824.484,07	870.199,80	968.424,43
Immaterielle Anlagewerte	1.567.568,32	51.352,07	0,00	0,00	0,00	1.538.181,39	82.334,07	74.507,33
		Veränderungen zusammengefasst						
Schuldv. u. andere festv. Wertpapiere	0,00				+	0,00	0,00	
Aktien u. andere nicht festv. Wertpapiere	67.969.271,06				+	0,00	67.969.271,06	
Beteiligungen	49.145.816,83				-	8.884.270,19	40.261.546,64	46.263.790,92
Anteile an Wohnungs- baugenossenschaften	92.550,00				-	12.000,00	80.550,00	80.550,00
Sonstige Vermögens- gegenstände	101.019,73				+	0,00	101.019,73	101.019,73

**Passiva 1 - Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten**

In diesem Posten sind enthalten:

- Verbindlichkeiten gegenüber der eigenen Girozentrale 5.838.721,99

Der Unterposten b) setzt sich nach Restlaufzeiten wie

folgt zusammen:

- bis drei Monate 2.247.516,68

- mehr als drei Monate bis ein Jahr 23.585.629,57

- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre 95.018.698,08

- mehr als fünf Jahre 134.401.918,59

**Passiva 2 - Verbindlichkeiten gegenüber Kunden**

In diesem Posten sind enthalten:

- Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein  
Beteiligungsverhältnis besteht

678.280,93 257.994,27

Der Unterposten ab) - Spareinlagen mit vereinbarter  
Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten - setzt sich  
nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:

- bis drei Monate 11.096.800,75

- mehr als drei Monate bis ein Jahr 37.912.621,43

- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre 18.365.951,49

- mehr als fünf Jahre 278.430,55

Der Unterposten bb) - andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter  
Laufzeit oder Kündigungsfrist - setzt sich nach Restlaufzeiten  
wie folgt zusammen:

- bis drei Monate 73.603.278,63

- mehr als drei Monate bis ein Jahr 56.774.689,61

- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre 91.017.285,22

- mehr als fünf Jahre 5.471.694,80

**Passiva 3 - Verbriefte Verbindlichkeiten**Im Unterposten a) sind bis zum 31.12.2012  
fällige Beträge enthalten:

21.544.113,34

**Passiva 4 - Treuhandverbindlichkeiten**Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um  
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.**Passiva 6 - Rechnungsabgrenzungsposten**In diesem Posten ist enthalten der Unterschiedsbetrag  
zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag  
von Forderungen in Höhe von

3.144.428,41 3.187.842,74

## **Passiva 9 - Nachrangige Verbindlichkeiten**

Die Bedingungen für diese von der Sparkasse eingegangenen nachrangigen Verbindlichkeiten entsprechen den Anforderungen des § 10 Abs. 5a Satz 1 KWG. Die Umwandlung dieser Mittel in Kapital oder eine andere Schuldforn ist nicht vereinbart oder vorgesehen.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten haben eine Durchschnittsverzinsung von 3,655 % und ursprüngliche Laufzeiten von 6 Jahren. Innerhalb des nächsten Geschäftsjahres werden 9,7 Mio. Euro zur Rückzahlung fällig.

Für die in dieser Position ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr Aufwendungen in Höhe von 671.023,78 Euro angefallen.

### **Erläuterungen zu den Posten unter dem Bilanzstrich**

#### **Eventualverbindlichkeiten**

Bei unseren Kreditgewährungen werden in diesem Posten für Kreditnehmer übernommene Bürgschaften und Gewährleistungsverträge erfasst. Auf Basis der regelmäßigen Bonitätsbeurteilungen der Kunden im Rahmen unserer Kreditrisikomanagementprozesse gehen wir für die hier ausgewiesenen Beträge davon aus, dass sie nicht zu einer wirtschaftlichen Belastung der Sparkasse führen werden.

#### **Andere Verpflichtungen**

Die unter diesem Posten ausgewiesenen unwiderruflichen Kreditzusagen werden im Rahmen unserer Kreditvergabeprozesse herausgelegt. Auf dieser Grundlage sind wir der Auffassung, dass unsere Kunden voraussichtlich in der Lage sein werden, ihre vertraglichen Verpflichtungen nach der Auszahlung zu erfüllen.

#### **Währungsumrechnung**

Unter den Passiva und den Eventualverbindlichkeiten lauten auf Fremdwährung Verbindlichkeiten im Gesamtbetrag von 19.821.471,48 Euro.

#### **Verbindlichkeiten, für die Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen sind**

Für die folgenden in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen:

Sicherungsabtretung von Kreditforderungen an die NRW.Bank für Weiterleitungsmittel  
in Höhe von 128.891.438,15 Euro

Hinterlegung von Wertpapieren auf einem Sicherheitenkonto für Offenmarktgeschäfte  
in Höhe von 30.000.000,00 Euro

#### **Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung**

Im Zusammenhang mit einer im Berichtsjahr begonnenen Außenprüfung gem. §§ 193 ff. AO enthält der ausgewiesene Steueraufwand Aufwendungen in Höhe von 1,1 Mio. Euro die auf vorangegangene Geschäftsjahre entfallen.

## Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten

Die Sparkasse hat im Rahmen der Steuerung bzw. Sicherung von Zinsänderungsrisiken Deckungsgeschäfte in Form von Swappgeschäften sowie im Rahmen der Sicherung von Währungsrisiken ein Devisentermingeschäft abgeschlossen.

Die noch nicht abgewickelten Devisentermingeschäfte mit Kunden wurden betrags-, währungs- und fristenkongruent durch Devisentermingeschäfte mit der WestLB AG gedeckt.

Bei den zinsbezogenen Deckungsgeschäften handelt es sich um die in die Bewertungseinheit oder in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs einbezogenen schwebenden Geschäfte.

Zum Bilanzstichtag gliedern sich die nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten derivativen Finanzinstrumente, bei denen es sich ausschließlich um OTC-Produkte handelt, wie folgt:

	Nominalbeträge in Mio. Euro				Beizulegende Zeitwerte <sup>1)</sup> in Mio. Euro	Buchwerte in Mio. Euro
	nach Restlaufzeiten bis 1 Jahr	1 - 5 Jahre	> 5 Jahre	Insgesamt		Rückstellung (P7)
<b>Zinsbezogene Geschäfte</b>						
Zinsswaps	20,0	167,5	66,5	254,0	-20,8	
davon: Deckungsgeschäfte	20,0	167,5	66,5	254,0	-20,8	
<b>Währungsbezogene Geschäfte</b>						
Devisentermingeschäfte	15,5	0,0	0,0	15,5	1,0	
davon: Deckungsgeschäfte	15,5	0,0	0,0	15,5	1,0	
<b>Währungsbezogene Geschäfte mit Kunden</b>	Nominalbeträge in Mio. Euro		Beizulegende Zeitwerte <sup>1)</sup> in Mio. Euro		Restlaufzeiten	
Devisentermingeschäfte mit Kunden	11,9		0,4		bis 1 Jahr	
mit WestLB AG (Deckungsgeschäfte)	11,9		-0,4		bis 1 Jahr	

<sup>1)</sup> Aus Sicht der Sparkasse negative Zeitwerte werden mit Minus angegeben.

Die ausgewiesenen Zeitwerte enthalten keine Abgrenzungen und Kosten (clean-price).

Die im Rahmen der Steuerung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossenen Zinsswapgeschäfte wurden in die Betrachtung des gesamten Zinsänderungsrisikos einbezogen und somit nicht einzeln bewertet. Für die Swappgeschäfte wurden die Zeitwerte als Barwert zukünftiger Zinszahlungsströme auf Basis der Marktzinsmethode ermittelt. Dabei fanden die Swap-Zinskurven per 31.12.2011 Verwendung.

Zur Ermittlung der Zeitwerte von Devisentermingeschäften mit Kunden und deren Deckungsgeschäften wurde der Terminkurs am Bilanzstichtag für die entsprechenden Restlaufzeiten herangezogen. Dieser wurde dem Handelssystem der WestLB AG entnommen.

Das im Rahmen der Sicherung von Währungsrisiken abgeschlossene Devisentermingeschäft haben wir als besonders gedecktes Geschäft behandelt, da es zur Deckung einer zinstragenden Position dient. Die Bewertung wurde im ersten Teil des Anhangs unter "Angabe der Grundlage für die Umrechnung von Fremdwährungsposten in Euro" erläutert.

Bei den Kontrahenten der derivativen Finanzinstrumente handelt es sich um deutsche Kreditinstitute. Zusätzlich wurden Devisentermingeschäfte mit Kunden abgeschlossen.

## Bewertungseinheiten

Im Risikomanagement eingegangene Sicherungsbeziehungen, die die Voraussetzungen des § 254 HGB erfüllen, werden auch für bilanzielle Zwecke als Sicherungsbeziehung (Bewertungseinheit) behandelt.

Die bilanzielle Behandlung von Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB erfolgt nach den gesetzlichen Vorschriften und den Interpretationen des Rechnungslegungsstandards IDW RS HFA 35. Auf dieser Basis ermitteln wir für die zum Bilanzstichtag bestehende Bewertungseinheit die Wertänderung von Grund- und Sicherungsgeschäft. Wir differenzieren dabei nach Wertänderungen, die auf gesicherte Risiken und solche, die auf ungesicherte Risiken entfallen.

Die auf gesicherte Risiken entfallenden Wertänderungen werden auf der Grundlage der sog. "Einfrierungsmethode" außerhalb der bilanziellen Wertansätze miteinander verrechnet. Sofern sich die Wertänderungen nicht vollständig ausgleichen, bilden wir für einen Aufwandsüberhang eine Rückstellung, ein positiver Überhang bleibt unberücksichtigt. Da im Wesentlichen alle wertbestimmenden Parameter von Grund- und Sicherungsgeschäft identisch sind, unterstellen wir einen vollständigen Wertausgleich hinsichtlich der gesicherten Risiken (Critical Term Match Methode).

Die auf ungesicherte Risiken entfallenden Wertänderungen werden unsaldiert nach den allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen der zugrunde liegenden Geschäfte behandelt. Grundlage der gebildeten Bewertungseinheit ist eine Dokumentation u. a. unserer Sicherungsabsicht und Sicherungsziele sowie die Darlegung, dass die Sicherungsgeschäfte objektiv geeignet sind, den angestrebten Sicherungserfolg zu gewährleisten. Zur prospektiven Beurteilung der Wirksamkeit einer Sicherungsbeziehung wenden wir folgendes Verfahren an: Simulation anhand des Tools "Rendite und Derivate" der Moosmüller und Knauf AG.

Bei der Bildung von Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB wurde folgender Posten einbezogen:

Vermögensgegenstand	einbezogener Betrag in Euro	Art der Bewertungseinheit	gesichertes Risiko
Schuldverschreibung	9.500.000,00	Micro-hedge	Zinsänderungsrisiko

Mit der Bewertungseinheit wurden Zinsänderungsrisiken mit einem Gesamtbetrag von 9,5 Mio. Euro abgesichert.

In der nachfolgenden Aufstellung ist dargestellt, warum und in welchem Umfang sich die gegenläufigen Wertänderungen oder Zahlungsströme künftig voraussichtlich ausgleichen.

Risiko	Grundgeschäft			Sicherungsinstrument		Art der Bewertungseinheit	Prospektive Effektivität
	Art	Art	Betrag Mio. Euro	Risiko	Betrag Mio. Euro		
Zins	Zinsänderungsrisiko	Schuldverschreibung	9,5	Zinsswap	9,5	Micro-hedge	Critical Term Match

Der Zeitraum, in dem sich die gegenläufigen Wertänderungen oder Zahlungsströme künftig voraussichtlich ausgleichen, beginnt mit der Bildung der Bewertungseinheit und endet mit der Fälligkeit des Grundgeschäfts bzw. des Sicherungsgeschäfts.

## Aus der Bilanz nicht ersichtliche finanzielle Verpflichtungen

Die Anteilseigner der WestLB AG (u. a. der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf - RSGV - mit rd. 25,03 %) haben im November 2009 mit der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) Maßnahmen zur Stabilisierung der WestLB AG vereinbart. Die Verbandsversammlung des RSGV hat den Verbandsvorsteher ermächtigt, die zur Umsetzung notwendigen Verträge zu unterzeichnen und Erklärungen abzugeben.

Auf dieser Grundlage wurden im Dezember 2009 die Verträge zur Errichtung einer Abwicklungsanstalt ("Erste Abwicklungsanstalt") gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz geschlossen. Der Rheinische Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf (RSGV) ist entsprechend seines Anteils (25,03 %) verpflichtet, tatsächliche liquiditätswirksame Verluste der Abwicklungsanstalt, die nicht durch das Eigenkapital der Abwicklungsanstalt von 3 Mrd. Euro und deren erzielte Erträge ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von 2,25 Mrd. Euro zu übernehmen. Auf die Sparkasse entfällt als Mitglied des RSGV damit eine anteilige indirekte Verpflichtung entsprechend ihrer Beteiligung am RSGV (1,61 %). Auf Basis derzeitiger Erkenntnisse ist für diese Verpflichtung im Jahresabschluss 2011 der Sparkasse keine Rückstellung zu bilden.

Es besteht aber das Risiko, dass die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer entsprechend ihres Anteils am RSGV aus ihrer indirekten Verpflichtung in Anspruch genommen wird. Für dieses Risiko wird die Sparkasse für einen Zeitraum von 25 Jahren aus dem Gewinn des jeweiligen Geschäftsjahrs eine jahresanteilige bilanzielle Vorsorge bilden. Es ist vorgesehen, den Vorsorgebedarf unter Berücksichtigung der Erkenntnisse und Erwartungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Abwicklungsplans unter Einbeziehung aller Beteiligten nach Ablauf von zehn Jahren zu überprüfen. Seit dem Geschäftsjahr 2009 wurde eine Vorsorge in Höhe von 3,7 Mio. Euro durch Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB getroffen. Davon entfallen auf das Geschäftsjahr 2011 1,2 Mio. Euro.

Davon unberührt bleibt die Verpflichtung, im Rahmen der Erstellung des jeweiligen Jahresabschlusses zu prüfen, ob sich aufgrund der dann vorliegenden Erkenntnisse die Notwendigkeit ergibt, eine Rückstellung zu bilden.

## Leistungszusage der Zusatzversorgungskasse

Die Stadt-Sparkasse Solingen ist Mitglied der Rheinischen Zusatzversorgungskasse (RZVK) und gehört dem im Umlageverfahren geführten Abrechnungsverband I (§ 55 Abs. 1a Satzung der RZVK) an. Die RZVK hat die Aufgabe, den Beschäftigten ihrer Mitglieder eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe der Satzung und des Tarifvertrags vom 1.3.2002 (ATV-K) zu gewähren. Gemäß § 1 Abs. 1 S. 3 BetrAVG steht die Sparkasse für die Erfüllung der zugesagten Leistung ein (Subsidiärhaftung im Rahmen einer mittelbaren Versorgungsverpflichtung).

Im Geschäftsjahr 2011 betrug der Umlagesatz 4,25 % der zusatzversorgungspflichtigen Entgelte (Bemessungsgrundlage). Er bleibt im Jahr 2012 unverändert. Zum 31.12.2000 wurde das bisherige Gesamtversorgungssystem geschlossen und durch ein als Punktemodell konzipiertes Betriebsrentensystem ersetzt. Infolge dessen erhebt die RZVK zusätzlich zur Umlage ein so genanntes - pauschales - Sanierungsgeld in Höhe 3,5 % der Bemessungsgrundlage zur Deckung eines zusätzlichen Finanzbedarfs hinsichtlich der Finanzierung der Versorgungsansprüche, die im ehemaligen Gesamtversorgungssystem entstanden sind. Die Höhe der Umlage und des Sanierungsgelds werden auf der Basis gleitender Deckungsabschnitte, die jeweils mindestens einen Zeitraum von zehn Jahren (plus ein Überhangjahr) umfassen, regelmäßig (alle fünf Jahre) neu festgesetzt.

Die RZVK geht davon aus, dass mit dem im Jahr 2010 auf den jetzigen Wert von 7,75 % angehobenen Gesamtaufwand ein nachhaltiger und stetiger Umlage- und Sanierungsgeldsatz erreicht worden ist. Zusatzbeiträge zur schrittweisen Umstellung auf ein kapitalgedecktes Verfahren werden z. Z. nicht erhoben. Auf Basis der Angaben im Geschäftsbericht 2010 der RZVK werden die Leistungen zu etwa 24 % durch die erzielten Vermögenserträge finanziert. Die Betriebsrenten werden jeweils zum 1. Juli um 1 % ihres Betrags erhöht.

Die Gesamtaufwendungen für die Zusatzversorgung betragen bei umlage- und sanierungsgeldpflichtigen Entgelten von 24,4 Mio. Euro im Jahr 2011 1,9 Mio. Euro.

Nach der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) in seinem Rechnungslegungsstandard HFA 30 vertretenen Rechtsauffassung begründet die Mitgliedschaft in der RZVK im Hinblick auf Fragen des Jahresabschlusses eine mittelbare Pensionsverpflichtung. Die RZVK hat im Auftrag der Sparkassen auf Basis der Rechtsauffassung des IDW den Barwert der auf die Sparkasse entfallenden Leistungsverpflichtungen nach Maßgabe des IDW RS HFA 30 zum 31.12.2011 für Zwecke der Angaben nach Art. 28 Abs. 2 EGHGB mit einem Betrag von 44,1 Mio. Euro ermittelt. Im Hinblick darauf, dass es sich bei dem Kassenvermögen um Kollektivvermögen aller Mitglieder des umlagefinanzierten Abrechnungsverbands I handelt, bleibt es für Zwecke dieser Ermittlung unberücksichtigt. Der Vermögensdeckungsgrad betrug nach Angaben im Geschäftsbericht 2010 der RZVK etwa 28 %. Der Verpflichtungsumfang wurde in Anlehnung an die versicherungsmathematischen Grundsätze und Methoden, die auch für unmittelbare Pensionsverpflichtungen angewendet wurden, unter Berücksichtigung einer jährlichen Rentensteigerung von 1% ermittelt. Als Diskontierungszinssatz wurde der gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB i. V. m. der Rückstellungsabzinsungsverordnung ermittelte Wert zum 31.12.2011 verwendet.

## Abschlussprüferhonorar

Im Geschäftsjahr wurden für den Abschlussprüfer folgende Honorare erfasst:

a) für die Abschlussprüfungsleistungen	192 Tsd. Euro
b) für andere Bestätigungsleistungen	38 Tsd. Euro
c) für sonstige Leistungen	0 Tsd. Euro
	<hr/>
Gesamthonorar	230 Tsd. Euro
	<hr/> <hr/>

## Mitarbeiter/-innen

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

Vollzeitkräfte	399
Teilzeit- und Ultimokräfte	188
	<hr/>
	587
Auszubildende	38
Insgesamt	625
	<hr/> <hr/>

## Verwaltungsrat

### Mitglieder:

Oberbürgermeister  
Norbert Feith  
vorsitzendes Mitglied

Ulrich Uibel  
Vorstand Wohnungsbaugenossenschaft  
1. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds

Heinz Bender  
Rentner  
2. Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds

Franz Haug  
Oberbürgermeister i.R.  
Bernd Krebs  
Rentner

Kai Sturfels (ab 07.04.2011)  
Rechtsanwalt in einer Anwaltssozietät  
Dr. Kay Zerlin  
Regierungsrat im Ministerium für  
Innovation, Wissenschaft und Forschung  
Julia Freiwald  
Rentnerin

Heinz-Eugen Bertenburg  
Pensionär  
Birgül Ünlü  
selbst. Gastronomin

### Vertreter der Dienstkräfte:

Sandra Klingelhöller  
Kristian Winkelhoch  
Lothar Krause  
Manuel Drewes  
René Tzschabran

### Stellvertreter:

Iris Preuß-Buchholz  
MdL

Martin Bender  
Leiter Personalmarketing und -entwicklung  
pharmazeutischer Großhandel

Rolf Jacobi  
Rentner  
Frank Schütz  
selbst. Immobilienkaufmann  
Kai Sturfels (bis 06.04.2011)  
Rechtsanwalt in einer Anwaltssozietät  
Rainer Bohm (ab 07.04.2011)  
Rechtsanwalt in einer Anwaltssozietät  
Heinz Schreiber  
Rentner

Ursula Linda Zarniko  
Referentin im Ministerium für Klimaschutz, Umwelt,  
Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz  
Jürgen-Hugo Hans  
Pensionär

Bettina Schilske  
Peter Frank  
Carsten Buder  
Stefan Bensberg  
Frank Dehl

## Vorstand

Lothar Heinemann, vorsitzendes Mitglied

Manfred Kartenberg, Mitglied

Harald Samorey, Mitglied

Detlef Wagner, stellv. Mitglied gem. § 19 Abs. 2 SpkG NW \*

\* nicht berücksichtigt im Rahmen der Angaben gemäß § 285 Satz 1 Nr. 9 HGB i.V. mit § 286 Abs. 4 HGB

Den Mitgliedern des Vorstands wurden Kredite (einschließlich Haftungsverhältnisse) in Höhe von 486,1 Tsd. Euro gewährt.

Den Mitgliedern des Verwaltungsrats (einschließlich stellvertretende Mitglieder) wurden im Geschäftsjahr Gesamtbezüge von 66,6 Tsd. Euro gewährt und Kredite (einschließlich Haftungsverhältnisse) in Höhe von insgesamt 2.850,4 Tsd. Euro ausgereicht.

Für die früheren Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden Versorgungsbezüge von 380,6 Tsd. Euro gezahlt. Für diese Personengruppe bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe von 3.315,4 Tsd. Euro.

Solingen, 06. März 2012

Vorstand

Heinemann

Kartenberg

Samorey

## Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Stadt-Sparkasse Solingen für das Geschäftsjahr vom 01.01.2011 bis 31.12.2011 geprüft.

Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstandes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss - unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung - und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden.

Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Sparkasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstandes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, 16. Mai 2012

Prüfungsstelle des  
Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes

Vietze  
Wirtschaftsprüfer

Tiemann  
Wirtschaftsprüfer

Behnke  
Verbandsprüferin

## Offenlegung der Bezüge der Mitglieder des Verwaltungsrates außerhalb des Jahresabschlusses

Den Mitgliedern des Verwaltungsrats wurde für ihre Tätigkeit in dem Aufsichtsgremium der Sparkasse einschl. seiner Ausschüsse (Hauptausschuss/Bilanzprüfungsausschuss und Risikoausschuss) ein Sitzungsgeld von 281,21 € je Sitzung gezahlt. Die Vorsitzenden erhalten jeweils den doppelten Betrag.

Außerdem erhalten die ordentlichen Mitglieder des Verwaltungsrats für die Tätigkeit im Verwaltungsrat bzw. Risikoausschuss einen jährlichen Pauschalbetrag von 1.533,88 €. Die Vorsitzenden erhalten jeweils den doppelten Betrag.

In Abhängigkeit von der Sitzungshäufigkeit und -teilnahme ergaben sich im Geschäftsjahr 2011 folgende Bezüge der einzelnen Mitglieder:

Name	Betrag in Tsd. EUR
Norbert Feith	9,7
Ulrich Uibel	2,9
Heinz Bender	5,6
Franz Haug	8,3
Bernd Krebs	3,5
Kai Sturfels	2,6
Dr. Kay Zerlin	5,6
Julia Freiwald	2,7
Heinz-Eugen Bertenburg	2,9
Birgül Ünü	3,2
Sandra Klingelhöller	3,5
Kristian Winkelhoch	2,9
Lothar Krause	5,0
Manuel Drewes	2,9
René Tzschabran	2,9
Iris Preuß-Buchholz (stv. Mitglied)	0,3
Heinz Schreiber (stv. Mitglied)	0,3
Carsten Buder (stv. Mitglied)	0,3
Bettina Schilske (stv. Mitglied)	0,3

## IMPRESSUM

Text und Inhalt  
Druck

Stadt-Sparkasse Solingen  
M + M Blümel GmbH + Co. KG

# NOTIZEN

---



